



EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

Tarik Abou-Chadi, Reto Mitteregger, Cas Mudde

VERLASSEN VON DER ARBEITERKLASSE?

Die elektorale Krise der Sozialdemokratie und
der Aufstieg der radikalen Rechten

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über die Autoren

Tarik Abou-Chadi ist Assistenzprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich und am Zentrum für Demokratie Aarau. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wahlen und der politische Wettbewerb in entwickelten Demokratien. Er hat zahlreiche Arbeiten zur Sozialdemokratie, zur radikalen Rechten und zu grünen Parteien veröffentlicht.

Reto Mitteregger hat seinen Bachelor- und Masterabschluss an der Universität Zürich erhalten und ist Doktorand und Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich. Er ist Mitarbeiter im Forschungsprojekt „European social democracy and the trade-offs of party competition in post-industrial societies“.

Cas Mudde ist Stanley Wade Shelton UGAF Professor in International Affairs und Distinguished University Professor an der University of Georgia (US) sowie Professor II am Center for Research on Extremism (C-REX) an der Universität Oslo (Norwegen). Zuletzt veröffentlichte er *The Far Right Today* (2019) und *Populism: A Very Short Introduction* (2017; gemeinsam mit Cristóbal Rovira Kaltwasser).

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Jan Niklas Engels ist Referent in der Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung und verantwortlich für den Arbeitsbereich „Trendforschung und Szenarientwicklung“.

Tarik Abou-Chadi, Reto Mitteregger, Cas Mudde

VERLASSEN VON DER ARBEITERKLASSE?

Die elektorale Krise der Sozialdemokratie und
der Aufstieg der radikalen Rechten

3	ZUSAMMENFASSUNG
4	1 EINFÜHRUNG
6	2 DAS GÄNGIGE NARRATIV: VON DEN SOZIALDEMOKRATEN ZUR RADIKALEN RECHTEN
8	3 DIE ANZIEHUNGSKRAFT DER RADIKALEN RECHTEN
9	4 DIE POSTINDUSTRIELLE GESELLSCHAFT UND DAS SOZIALDEMOKRATISCHE DILEMMA
11	5 DIE ARBEITERKLASSE IM 21. JAHRHUNDERT
16	6 DIE ARBEITERKLASSE UND DIE RADIKALE RECHTE
19	7 WIE HAT SICH DIE SOZIALDEMOKRATISCHE WÄHLERSCHAFT GEWANDELT?
22	8 SOZIALDEMOKRATISCHE ANTWORTEN
27	9 FAZIT
28	10 AUF DEM WEG ZU EINER SOZIALDEMOKRATIE FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT
32	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis
33	Literaturverzeichnis

ZUSAMMENFASSUNG

1. Sozialdemokratische Parteien in Westeuropa haben in den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts in historischem Ausmaß Wähler*innen verloren. Gleichzeitig verzeichnen rechtsradikale Parteien nie dagewesene Wahlerfolge. Dies führte zur Herausbildung des gängigen Narrativs, dass sozialdemokratische Parteien ihre Wähler*innen aus der Arbeiterklasse an Parteien der radikalen Rechten verloren hätten, weil sie in der wirtschaftspolitischen Dimension nach rechts („Dritter Weg“) oder in der kulturellen Dimension nach links („Identitätspolitik“) gerückt seien. Sowohl die Annahmen, von denen dieses Narrativ ausgeht, als auch die darauf aufbauenden Aussagen sind unzutreffend.
2. Die Arbeiterklasse im Westeuropa des 21. Jahrhunderts ist *kein* monolithischer Block weißer Männer mit autoritären und nationalistischen Einstellungen. Ein erheblicher und wachsender Teil der Arbeiterklasse ist weiblich und hat einen Migrationshintergrund. In Fragen wie LGBTQ*-Rechten und Zuwanderung vertritt ein großer Teil der Arbeiterklasse progressive Positionen.
3. Die radikale Rechte ist *nicht* die neue Heimat ehemaliger sozialdemokratischer Wähler*innen. Rechtsradikale Parteien gewinnen zwar überproportional mehr Unterstützung von Wähler*innen aus der Arbeiterklasse, sollten aber keinesfalls als neue Arbeiterparteien charakterisiert werden. Nur ein kleiner Teil der westeuropäischen Arbeiterklasse unterstützt die radikale Rechte. Zudem zählte nur ein kleiner Teil der heutigen radikal rechten Wählerschaft zuvor zur Anhängerschaft sozialdemokratischer Parteien.
4. Sozialdemokratische Parteien verlieren ihre Wähler*innen *nicht* vornehmlich an rechtsradikale Parteien. Daten aus unterschiedlichen Quellen und aus verschiedenen Ländern in Westeuropa zeigen, dass nur eine kleine Minderheit ehemaliger sozialdemokratischer Wähler*innen sich radikal rechten Parteien zuwendet. Sozialdemokratische Parteien haben die meisten Wähler*innen an Grüne Parteien und christdemokratische oder konservative Parteien verloren.
5. Der Verlust der (weißen) Arbeiterklasse ist *nicht* der auslösende Faktor für die Stimmenverluste sozialdemokratischer Parteien. Überproportional hoch sind die Stimmenverluste sozialdemokratischer Parteien vielmehr in der gebildeten Mittelschicht. Der Löwenanteil der Wähler*innen mit höheren Bildungsabschlüssen ist von sozialdemokratischen Parteien zu grünen und sozialliberalen Parteien abgewandert. Diesen Parteien gelingt es besonders gut, diese wachsende Wählergruppe für sich zu gewinnen, indem sie vor allem bezüglich der kulturellen Dimension progressivere Positionen anbieten als sozialdemokratische Parteien.
6. Sozialdemokratische Parteien laufen Gefahr, dass sich diese Entwicklung weiter verschärft, wenn sie sich linksnationalistische Strategien zu eigen machen – wenn sie also in der kulturellen Dimension nach rechts schwenken. Solche politischen Positionen verprellen potenzielle und ehemalige Wähler*innen, die stattdessen ihre Stimme progressiveren Parteien geben. Zentristische Strategien (auf beiden Dimensionen) können die Wahlchancen sozialdemokratischer Parteien schmälern und auch ihr ideologisches Profil verwässern. Mittelfristig führt dies dazu, dass Wähler*innen sich Parteien zuwenden, die sich in einer der beiden politischen Dimensionen eindeutiger positionieren.
7. Neu-Linke-Strategien und Alt-Linke-Strategien finden bei potenziellen sozialdemokratischen Wähler*innen den meisten Zuspruch: Experimentelle Daten und Befragungsdaten zeigen, dass potenzielle sozialdemokratische Wähler*innen alt-linken und neu-linken Programmen gegenüber Strategien der politischen Mitte und linksnationalistischen Strategien den Vorzug geben. Der vielversprechendste Weg in die Zukunft für sozialdemokratische Parteien ist nach unserer Analyse und mit Blick auf die Dilemmata, vor denen diese Parteien stehen, eine Kombination von Alt-Linken-Strategien und Neu-Linken-Strategien.

1

EINFÜHRUNG

„Wer die Arbeiter des Rust Belt verliert, dem werden die Hipster in Kalifornien auch nicht mehr helfen.“

Sigmar Gabriel

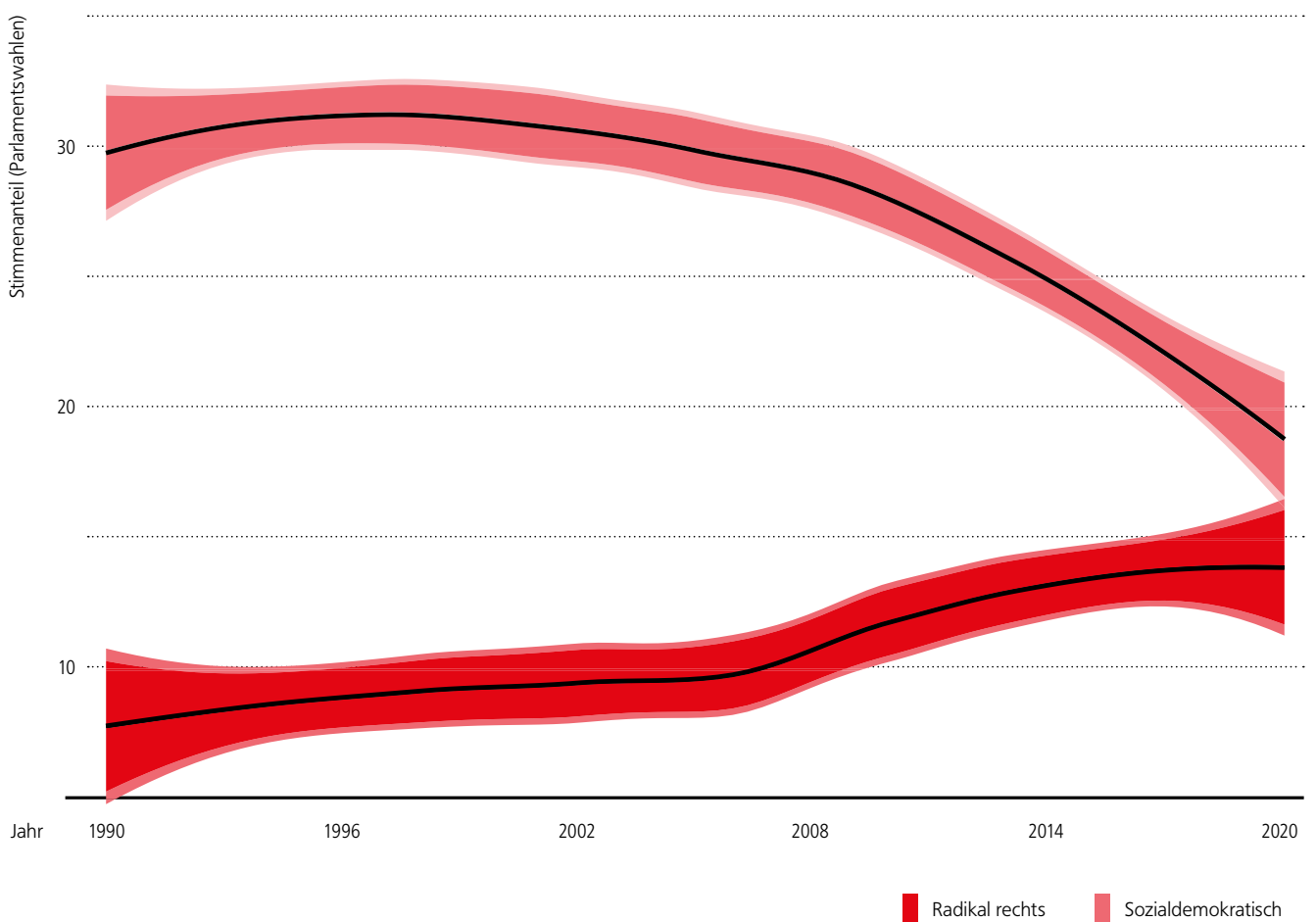
Es lässt sich kaum bestreiten, dass sozialdemokratische Parteien gegenwärtig mit einer grundlegenden elektoralen Krise zu kämpfen haben. In einigen westeuropäischen Ländern hatten sozialdemokratische Parteien in den vergangenen zehn Jahren einige der schlechtesten Wahlergebnisse ihrer Geschichte zu verzeichnen. Den Anfang machte PASOK, die in Griechenland früher eine nahezu hegemoniale Stellung einnahm. Sie verlor bei der Wahl im Mai 2012 fast drei Viertel ihrer Anhänger*innen und kann seither nur als Teil größerer Wahlbündnisse überleben. In der Folge wurde der Begriff „Pasokifizierung“ zur allgemeinen Bezeichnung für den umfassenderen Niedergang sozialdemokratischer Parteien in europäischen Ländern, der in den 2010er Jahren einsetzte.

Fünf Jahre nach PASOK stürzten die niederländische PvdA und die französische PS bei den jeweiligen landesweiten Wahlen in den einstelligen Bereich ab und büßten 19,1 beziehungsweise 21,9 Prozentpunkte ein. Die deutsche SPD fuhr im selben Jahr ihr schlechtestes Nachkriegsergebnis ein und ist seither in den Umfragen weiter abgerutscht. Im Dezember 2019 musste selbst die Labour Party unter Jeremy Corbyn, die noch kurz zuvor als mögliche Zukunftsperspektive der europäischen Sozialdemokratie bejubelt wurde, ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1935 hinnehmen.

Die Reaktionen der Kommentator*innen und Expert*innen auf den Wählerschwund der sozialdemokratischen Parteien zeigen, dass sich ein gängiges Narrativ als Erklärung für die gegenwärtige elektorale Krise herausgebildet hat. Worauf dieses Narrativ sich stützt, wird exemplarisch in Schaubild 1 deutlich. Die Grafik zeigt, wie sich in Westeuropa seit 1990 die Stimmenanteile sozialdemokratischer Parteien einerseits und rechtsradikaler Parteien andererseits entwickelt haben. Während sozialdemokratische Parteien in den vergangenen 30 Jahren viele Stimmen einbüßten, erzielten radikal rechte Parteien im gleichen Zeitraum erhebliche Stimmenzugewinne und wurden europaweit zu einer etablierten politischen Kraft. Betrachtet man diese beiden Entwicklungen parallel, über-

rascht nicht, dass Kommentator*innen einen Zusammenhang zwischen dem schwindenden Zuspruch für sozialdemokratische Parteien und dem Aufstieg der radikalen Rechten herzustellen versuchen.

Abbildung 1
Durchschnittliche Stimmenanteile für sozialdemokratische Parteien vs. radikal rechte Parteien in Europa, 1990–2020



Quelle: parlgov.org

2

DAS GÄNGIGE NARRATIV: VON DEN SOZIALDEMOKRATEN ZUR RADIKALEN RECHTEN

Das gängige Narrativ zum Niedergang sozialdemokratischer Parteien lässt sich wie folgt zusammenfassen: Sozialdemokratische Parteien erleben einen massiven Wählerschwund, weil die Arbeiterklasse als ihre frühere Hauptklientel sich von ihr abgewendet und bei der radikalen Rechten eine neue Heimat gefunden hat. Als Erklärung dafür, dass Wähler*innen aus der Arbeiterklasse sich von den sozialdemokratischen Parteien abwenden, werden in der Regel zwei unterschiedliche Begründungen bemüht: eine wirtschaftspolitische und eine kulturell/gesellschaftspolitische.

Das erste Narrativ verweist auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Veränderungen in der Ära von New Labour und *Neuer Mitte*. Politiker wie Tony Blair und Gerhard Schröder folgten der Idee des sogenannten „Dritten Weges“ und bewegten ihre Parteien wirtschaftspolitisch zur Mitte hin. Während über die politischen Folgen der Strategien des Dritten Weges nach wie vor debattiert wird, zeigt sich nach Meinung vieler Kommentator*innen im Wählerschwund sozialdemokratischer Parteien eine Gegenreaktion der Arbeiterklasse auf die „neoliberale“ Wirtschaftspolitik der New-Labour-Ära.

Ein zweites Narrativ rückt die sozialdemokratischen Positionen in kulturellen Fragen wie beispielsweise Zuwanderung, europäische Integration, Gleichstellungspolitik und Umweltschutz in den Mittelpunkt. Dieses Narrativ geht davon aus, dass Wähler*innen aus der Arbeiterklasse in diesen Fragen entschieden autoritärere und nationalistischere Standpunkte vertreten. Da sozialdemokratische Parteien heute mit progressiven kulturellen Positionen verbunden würden, hätten sich Wähler*innen aus der Arbeiterklasse von ihnen abgewandt und sich gleichzeitig radikal rechten Parteien zugewandt, die eine kompromisslosere Zuwanderungspolitik, weniger globale Integration und den Schutz der „traditionellen Familie“ versprechen. Das wirtschaftspolitische und das kulturelle Narrativ führen beide den Wählerschwund sozialdemokratischer Parteien auf die Veränderung ihrer politischen Positionen zurück. Diese programmatische Veränderung habe Wähler*innen aus der Arbeiterklasse verprellt und dazu veranlasst, sich der radikalen Rechten zuzuwenden.

Diese Narrative sind so stark verbreitet, dass sie in weiten Teilen der Medien und Politik und auch in Teilen der Wissenschaft zur vorherrschenden Meinung wurden. Nach jeder

Wahlniederlage einer sozialdemokratischen Partei erscheint eine Flut von Artikeln, Blog-Beiträgen und Social-Media-Posts, die diese Narrative bekräftigen. Da sie nicht nur von Expert*innen und Kommentator*innen, sondern auch von (ehemaligen) Politiker*innen vorgetragen werden, haben diese vermeintlichen Erklärungen großen Einfluss auf die öffentliche Debatte über die (sinkenden) Wahlergebnisse sozialdemokratischer Parteien in Westeuropa. Diese Erklärungen geben nicht nur dem von ihnen angebotenen Narrativ für den Wählerschwund neue Nahrung, sondern beinhalten häufig implizit oder explizit auch den Aufruf, diese Entwicklung aktiv aufzuhalten.

In Interviews mit *The Guardian* (22. November 2018) äußerten sich Hillary Clinton, Tony Blair und Matteo Renzi alle in einem ähnlichen Tenor: „Um den Rechtspopulismus zu stoppen“, so formulierte Clinton, „muss Europa die Zuwanderung eindämmen.“ Laut Sir Stephen Wall, der unter Blair das Europa-Sekretariat im Cabinet Office leitete, habe der damalige britische Premierminister schon 2001 die Zuwanderung als seine Achillesferse erkannt und soll gesagt haben: „Das Einzige, was mich bei der nächsten Wahl den Sieg kosten könnte, ist die Zuwanderung“ (Watt & Wintour 2015). Diese Ansicht vertraten allerdings nicht nur Clinton und Blair: Viele Liberale in den USA äußerten sich nach Trumps unerwartetem Sieg ähnlich. Zu den Wortführern dieser Bewegung gegen „woke“ Liberale gehörten Kolumnisten der *New York Times* von Frank Bruni bis Thomas Edsall. Hillary Clinton bezieht bekanntlich seit Langem sowohl in ihren Äußerungen als auch in Wahlzusammenhängen oftmals Stellung gegen illegale Zuwanderung und plädiert für „sichere Grenzen“ einschließlich eines „Zauns“ an der Grenze zu Mexiko (Kruzel 2018).

Seit den späten 2000er-Jahren rufen jedoch auch viele prominente europäische Sozialdemokrat*innen zu „Realismus in der Zuwanderungsfrage“ auf. Zu den Beispielen aus den vergangenen Jahren zählen die einigermaßen pauschale Erklärung des Vorsitzenden der belgischen SP-A, John Crombez, „Die Migration nach Europa muss sich verringern“ (*Nieuwsblad*, 6. Januar 2019), und die Aussage der früheren SPD-Vorsitzenden Andrea Nahles, Deutschland könne „nicht alle Asylsuchenden, die ankommen würden, aufnehmen“ (*Der Spiegel*, 26. Mai 2018). Am weitesten gehen die dänischen

Sozialdemokrat*innen, die immer weniger von der radikal rechten Dänischen Volkspartei (DF) zu unterscheiden sind: Sie prangern angebliche „Parallelgesellschaften“ von Muslim*innen in Dänemark an und behaupten, Zuwanderung würde den dänischen Sozialstaat „aushöhlen“ (Agustín und Jørgesen 2019).

Besonders exemplarisch hat aber wohl der frühere SPD-Vorsitzende und deutsche Außenminister Sigmar Gabriel das Narrativ bespielt. In einem Artikel in *Der Spiegel* (18. Dezember 2017) schrieb er: „*Wer die Arbeiter des Rust Belt verliert, dem werden die Hipster in Kalifornien auch nicht mehr helfen.*“

Diesem Narrativ und den sich darauf stützenden Handlungspapellen schlossen sich auch etliche Stimmen aus der Wissenschaft und aus Denkfabriken an, welche ähnliche Empfehlungen abgeben: Die linke politische Mitte müsse sich wieder der „Abgehängten“ und „Somewheres“ annehmen, indem sie die Zuwanderung begrenze und sich von einer postmateriellen Politik verabschiede, welche Geschlechtergleichstellung, LGBTQ*-Rechte oder Umweltschutz in den Vordergrund stellt (zum Beispiel Goodhart 2017, Lilla 2018). Manche dieser Stimmen treten gar offen für eine weiße Identitätspolitik ein (zum Beispiel Kaufmann 2018). Obwohl diese Behauptungen von etlichen Wissenschaftler*innen Zuspruch erhalten, gibt es interessanterweise sehr wenige dezidiert akademische Arbeiten, in denen die eben zitierten Wissenschaftler diese Behauptungen empirisch belegen. Wie wir im weiteren Verlauf dieses Textes aufzeigen werden, sprechen die meisten wissenschaftlichen Untersuchungen gegen dieses Narrativ.

In In der vorliegenden Analyse nehmen wir die politische Konkurrenz zwischen sozialdemokratischen Parteien und radikalen rechten Parteien in Westeuropa unter die Lupe. Wir unterziehen die drei zentralen Aussagen des vorherrschenden Narrativs einer empirischen Überprüfung. Erstens: Ist die radikale Rechte tatsächlich die neue Partei der Arbeiterklasse? Zweitens: Verlieren die sozialdemokratischen Parteien wirklich vor allem oder zumindest überproportional stark Wähler*innen aus der Arbeiterklasse? Und drittens: Haben die Wähler*innen (aus der Arbeiterklasse), die von den sozialdemokratischen Parteien abgewandert sind, sich tatsächlich rechtsradikalen Parteien zugewandt?

Wir zeigen hier, dass der Wandel des politischen Raums in Westeuropa für sozialdemokratische Parteien in der Tat ein Dilemma darstellt. Das anhaltende Schrumpfen ihrer früheren Stammwählerschaft zwingt sozialdemokratische Parteien dazu, für andere soziodemografische Gruppen attraktiv zu werden, damit sie bei Wahlen weiterhin erfolgreich sein können. Das Schmieden solcher neuen Allianzen ist unweigerlich mit Zielkonflikten verbunden; wer sich neuen Gruppen zuwendet, läuft zwangsläufig Gefahr, alte Gruppen zu verprellen. Diese Zielkonflikte gestalten sich jedoch nicht notwendigerweise so wie vom herrschenden Narrativ beschrieben. Ein Grund ist, dass das Narrativ in Anlehnung an das Stereotyp vom „autoritären weißen, männlichen Arbeiter“ des 20. Jahrhunderts von der irrtümlichen Annahme ausgeht, die Arbeiterklasse sei ein monolithisches Gebilde (siehe Lipset 1960).

Wir zeigen auf, dass die Arbeiterklasse heute eine soziodemografisch vielfältige Gruppe ist und ein breites Meinungs-

spektrum vertritt, das sich nicht auf autoritäre und nativistische Einstellungen beschränken lässt. Während die radikale Rechte durchaus einen beträchtlichen Teil der Arbeiterklasse anspricht, kann jedoch keinesfalls postuliert werden, dass in Westeuropa die Mehrheit der Arbeiterklasse eine rechtsradikale Partei präferiert. Ferner zeigen wir mit Blick auf die angebliche Konkurrenz zwischen den Parteien der radikalen Rechten und sozialdemokratischen Parteien auf, dass nur ein kleiner Teil der heutigen radikal rechten Wähler*innen früher zur Anhängerschaft einer sozialdemokratischen Partei zählte. Sozialdemokratische Parteien haben verhältnismäßig wenige Wähler*innen an die radikale Rechte verloren.

Ganz anders als vom herrschenden Narrativ unterstellt, wandern frühere sozialdemokratische Wähler*innen zu einem großen Teil zu progressiveren Parteien wie Grünen oder anderen sozialliberalen Parteien ab. Wir zeigen, dass restriktivere Positionen beim Thema Zuwanderung und auch generell weniger progressive Positionen den sozialdemokratischen Parteien keine Hilfe sind, wenn es darum geht, mehr gering qualifizierte Wähler*innen aus der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen. Jedoch laufen die Parteien Gefahr, damit einen größeren Teil ihrer potenziellen Wähler*innen abzustoßen. Unsere Erkenntnisse zeigen zusammengefasst, dass das größte Potenzial für sozialdemokratische Parteien in wirtschaftspolitisch linken Positionen einerseits und kulturell progressiven Positionen andererseits liegt.

Bevor wir uns mit den drei Bausteinen dieses Narrativs vom sozialdemokratischen Niedergang auseinandersetzen, umreißen wir kurz, (1) was die Anziehungskraft radikal rechter Parteien ausmacht und (2) welche soziostrukturellen Veränderungen in den europäischen Gesellschaften die Grundlage für das sozialdemokratische Dilemma bilden.

3

DIE ANZIEHUNGSKRAFT DER RADIKALEN RECHTEN

Um zu verstehen, warum Menschen rechtsradikale Parteien unterstützen, gilt es zwei Komponenten ihrer „Anziehungskraft“ zu unterscheiden. Dass diese Parteien bei Wähler*innen Anklang finden, liegt zum einen an ihren politischen Positionen bei Themen wie Kriminalität, Korruption, Zuwanderung und Multikulturalismus und zum anderen daran, dass sie das Potenzial haben, durch Populismus elitefeindliche Stimmungen zu mobilisieren.

Die Kernideologie (populistischer) Parteien der radikalen Rechten ist eine Kombination aus Nativismus, Autoritarismus und Populismus (Mudde 2007). Nativismus verknüpft Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, die wohl am deutlichsten in der berüchtigten Parole „Deutschland den Deutschen: Ausländer raus!“ zum Ausdruck kommt. Nativisten streben ein monokulturelles Land an, in dem nur „Einheimische“ leben (oder die vollen Bürgerrechte haben) und alles „Fremde“ (d.h. Nicht-Einheimische) – ganz gleich, ob es sich um Gedanken gut oder Menschen handelt – als Bedrohung wahrgenommen wird. Autoritarismus ist die Überzeugung, dass der Staat einer von Natur aus chaotischen Bevölkerung eine strenge Ordnung aufzwingen sollte, indem er in Schulen Disziplin lehrt und eine strenge Law-and-Order-Politik durchsetzt. Populismus schließlich ist eine Ideologie, die die Gesellschaft als in zwei letztlich homogene und antagonistische Gruppen – das „unbescholtene Volk“ und die „korrupte Elite“ – gespalten betrachtet und die Überzeugung vertritt, dass die Politik dem allgemeinen Willen des Volkes folgen sollte.

Im Kern ist die Ideologie der radikalen Rechten monistisch sowie rigide und macht grob vereinfachte und „naturgegebene“ Unterscheidungen zwischen Menschen aus. Damit steht sie in direktem Gegensatz zum dynamischen Pluralismus der freiheitlichen Demokratie. Während lange Zeit behauptet wurde, die radikale Rechte sei eine „normale Pathologie“ westlicher Demokratien – also ein Katalog von Werten, die grundsätzlich von den Werten des Mainstreams abgekoppelt sind und nur von einer kleinen Bevölkerungsminderheit mitgetragen werden –, ist es zutreffender, sie als eine „pathologische Normalität“ zu betrachten, also als eine Radikalisierung des Mainstreams (Mudde 2010). Viele Erhebungen zeigen, dass große Minderheiten und mitunter sogar Mehrheiten manche der zentralen Positionen der radikalen Rechten bei Themen wie Kriminalität,

europäischer Integration, Zuwanderung und politischem Establishment mittragen. In den meisten europäischen Ländern haben populistische Parteien der radikalen Rechten dennoch bislang nur einen (zugegebenermaßen wachsenden) Teil ihrer potenziellen Wählerschaft erschlossen.

In den vergangenen 20 Jahren sind die Kernthemen und Frames der radikalen Rechten in vielen europäischen Ländern Teil des politischen Mainstreams geworden. Am deutlichsten kommt dieser Mainstreaming- und Normalisierungsprozess darin zum Ausdruck, dass Zuwanderung als „Bedrohung“ für die nationale (und europäische) Identität und Sicherheit hingestellt wird – insbesondere im Zusammenhang mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ von 2015/16 (Mudde 2019). Die der rechten Mitte zuzurechnende Europäische Volkspartei (EVP) zum Beispiel behandelte in ihrem Manifest von 2019 das Thema Zuwanderung unter der Überschrift „Ein Europa, das unsere Lebensweise bewahrt“, und die neue Europäische Kommission hat einen „Kommissar für den Schutz unserer europäischen Lebensweise“ einzuführen versucht, der unter anderem für die Migrationspolitik zuständig sein sollte.

Dass ihre Themen und Frames Eingang in den Mainstream gefunden haben, hilft den radikalen Rechten zwar, einige ihrer zentralen Themen stärker herauszustellen, kam den entsprechenden Parteien aber bei Wahlen nur teilweise zugute. Erstens bekommen radikale rechte Parteien bei Wahlen inzwischen Konkurrenz von Parteien der rechten Mitte, die verschiedentlich mit „Light-Versionen“ ihrer Politik und ihrer Programme aufwarten. Zweitens bewegt sich die Bevölkerung heute – trotz einer Bewegung der politischen Diskussion nach rechts bei vielen Schlüsselthemen, insbesondere bei den Themen Zuwanderung und Integration – nach links. Dies ist im Wesentlichen das Resultat eines Generationseffekts, der zum Teil mit einer fortschreitenden Bildungsexpansion zusammenhängt (O'Grady 2020). Dennoch bleiben die Parteien der radikalen Rechten in vielen europäischen Ländern die bevorzugte Option für Wähler*innen, die der Diversität, der europäischen Integration, der Zuwanderung oder dem politischen Establishment ablehnend gegenüberstehen. Trotz des Nachahmerverhaltens der Mainstream-Parteien ziehen diese Wählenden auch häufig das Original der Kopie vor, wie der ehemalige Front-National-Chef Jean-Marie Le Pen schon vor vielen Jahrzehnten feststellte.

4

DIE POSTINDUSTRIELLE GESELLSCHAFT UND DAS SOZIALDEMOKRATISCHE DILEMMA

Um die Konkurrenz zwischen sozialdemokratischen Parteien und den Parteien der radikalen Rechten und den Wählerschwund der sozialdemokratischen Parteien grundsätzlich zu verstehen, gilt es diese Entwicklung vor dem Hintergrund der soziokulturellen Veränderungen postindustrieller Gesellschaften zu beurteilen. Westeuropäische Gesellschaften erleben nach wie vor tiefgreifende Veränderungen ihrer Beschäftigungs- und Sozialstrukturen, die auch zu einer substanziellen Verschiebung des politischen Raums geführt haben (Beramendi et al. 2015b; Gingrich und Häusermann 2015; Inglehart 1977; Kitschelt 1994). Im Großen und Ganzen ist diese Veränderung durch drei große Entwicklungen gekennzeichnet. Die erste dieser Entwicklungen ist eine Bildungsexpansion, durch die mehr Menschen höhere Bildungsniveaus erreichen. Dies führt zu einem Anstieg des Bildungs- und Wohlstandsdurchschnitts. Zweitens hat eine nach wie vor anhaltende – und durch Globalisierung, Automatisierung und Digitalisierung getriebene – *Tertiärisierung* zu einer „Entproletarisierung“ der Erwerbsbevölkerung geführt. Drittens haben die *familiären Rollenbilder und Geschlechternormen* sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs grundlegend gewandelt. Frauen nehmen in größerer Zahl am Arbeitsmarkt teil und bewirken eine fortschreitende Feminisierung des Arbeitsmarktes (Beramendi et al. 2015a).

All diese Faktoren haben dazu geführt, dass die davon erfassten Länder sich grundlegend gewandelt haben – von industriellen zu „postindustriellen“ Demokratien. Während in den vergangenen Jahrzehnten die Zahl der gut ausgebildeten Beschäftigten im Dienstleistungssektor signifikant zunahm, ist die Arbeiterklasse sowohl in ihrer relativen als auch in ihrer absoluten Größe kontinuierlich geschrumpft. Doch die Arbeiterklasse hat sich nicht nur in Bezug auf ihre relative Größe verändert, sondern auch in Bezug auf ihre soziostrukturelle Zusammensetzung. Dies hatte zur Folge, dass die Arbeiterklasse heute deutlich diverser ist als in den 1960er und 1970er Jahren (siehe unten).

Die genannten Prozesse haben nicht nur die Beschäftigungsstruktur, sondern auch den politischen Raum in postindustriellen Gesellschaften transformiert. So haben die Transformationen auch die politischen Werte und den Stellenwert politischer Dimensionen fundamental verändert. In den Kreisen der sogenannten „soziokulturellen Experten“ (Oesch und

Rennwald 2018), die häufig ein hohes Bildungsniveau haben und in eine zwischenmenschliche Arbeitslogik eingebunden sind, stellen materielle Sorgen nicht das wichtigste politische Thema dar. Stattdessen stehen für sie oft post-materialistische Werte wie Umweltschutz und feministische Belange im Vordergrund, die aufgrund dessen Eingang in die politische Agenda aller fortgeschrittenen kapitalistischen Demokratien gefunden haben und stetig an Relevanz gewinnen (Häusermann und Kriesi 2015; Kitschelt und Rehm 2014). In diesen Ländern drehen sich der Parteienwettbewerb und die Wählereinstellungen im 21. Jahrhundert daher nicht mehr um eine einzige wirtschaftspolitische Links-Rechts-Achse.

Vielmehr wurden in etlichen Studien zwei Dimensionen ermittelt, die für die Positionen sowohl von Wähler*innen als auch von Parteien relevant sind. Die (häufig auch als „links-rechts“ gekennzeichnete) *wirtschaftspolitische Dimension* teilt Wählerschaft und Parteien in staatsinterventionistisch eingestellte Umverteilungsbefürworter*innen (links) auf der einen Seite und die marktliberalen Fürsprecher*innen der freien Allokation von Gütern (rechts) auf der anderen Seite ein. Die zweite Dimension ist eine *kulturelle Dimension* (häufig gekennzeichnet als „liberal-autoritär“), die sich in den postindustriellen Gesellschaften zu einer ebenso wichtigen Konfliktlinie entwickelt hat. Während die Links-Rechts-Dimension sich hauptsächlich auf wirtschaftliche Verteilungsfragen bezieht, dreht sich die Libertär-Autoritär-Dimension um Fragen der gesellschaftlichen Organisation. Sie hat sich quer zur bestehenden Links-Rechts-Dimension entwickelt und dadurch den eindimensionalen politischen Raum in einen mehrdimensionalen Raum verwandelt (Bornschiefer 2010; Hooghe, Marks und Wilson 2002; Kitschelt 1994).

Die wachsende Relevanz dieser häufig auch als „kulturell“ bezeichneten Dimension mit ihren Polen „Liberal-progressiv“ und „Autoritär-konservativ“ legte auch das Fundament für neue Parteien, die in den meisten europäischen Ländern die politische Arena betreten. Auf der einen Seite bieten grüne und neue linke Parteien ein politisches Programm, das für den liberal-progressiven Pol dieser neuen Dimension wirbt. Sie sprechen inzwischen einen großen Teil der wachsenden Gruppe der soziokulturellen Experten an (Oesch und Rennwald 2018). Auch wenn es hierbei nationale Unterschiede gibt, so

haben auch Sozialdemokrat*innen viele dieser Positionen übernommen und versuchen gleichzeitig, an ihren Hauptthemen – wirtschaftliche Gerechtigkeit und Umverteilung – festzuhalten. Oft gehen sie mit diesen kulturellen Positionen allerdings weniger unbefangen und eindeutig um als ihre „neuen linken“ Pendanten (Abou-Chadi und Wagner 2019; Kitschelt 1994).

Der Erfolg der radikalen Rechten verhält sich in gewisser Weise spiegelbildlich zum Aufstieg der grünen und neuen linken Parteien und ist zugleich eine Gegenreaktion darauf (Bornschiefer 2010; Ignazi 1992). Wie bereits skizziert, hat auch für die Parteien der radikalen Rechten die kulturelle Dimension eine höhere Priorität als die wirtschaftliche. Ihnen geht es jedoch – anders als den neu-linken Parteien – darum, den autoritär-konservativen Pol dieser Dimension zu besetzen. Sie werben für Themen und Positionen wie Europaskepsis und eine ablehnende Einstellung zur Zuwanderung, die sich mit diesem Pol verbinden, und entwickeln auf diese Weise eine starke Anziehungskraft für Wähler*innen aus der Arbeiterklasse und dem „Kleinbürgertum“ (Oesch 2008, Oesch und Rennwald 2018).

Für sozialdemokratische Parteien sind durch den Wandel des politischen Raums eine Reihe von Zielkonflikten entstanden. Damit sie bei Wahlen eine relevante Größe bleiben konnten, mussten sozialdemokratische Parteien ihre Positionen anpassen, um sich neu herausbildende Wählergruppen anzusprechen. Der zentrale Zielkonflikt in der gewandelten politischen Landschaft ergibt sich aus der Frage, wie viel Anziehungskraft sozialdemokratische Parteien für neue Wählergruppen – welche ein höheres Bildungsniveau haben, in soziokulturellen Berufen arbeiten und in städtischen Regionen leben – entwickeln können, ohne ihre bisherige Stammwählerschaft – die Arbeiterklasse – zu verlieren (Abou-Chadi und Wagner 2019; Kitschelt 1994).

Angesichts dieses Zielkonflikts scheint die Annahme gerechtfertigt, dass Parteien der radikalen Rechten für die sozialdemokratische Anhängerschaft – vor allem aus der Arbeiterklasse – eine attraktive Alternative darstellen. Wie stark die radikale Rechte Wähler*innen aus der Arbeiterklasse und ehemals sozialdemokratische Wähler*innen angezogen hat, ist letztlich jedoch eine empirische Frage. Dass schon immer ein Teil der Arbeiterklasse statt sozialdemokratischer Parteien rechte Parteien unterstützt hat, hat die Politikwissenschaft bereits vor Jahrzehnten aufzeigen können (Lipset 1960). Entsprechend plausibel scheint daher, dass die Unterstützer*innen der radikalen Rechten heute zu einem großen Teil dieser Gruppe entstammen.

Um diese Dynamiken besser zu verstehen, ist es wichtig, die Frage, was im 21. Jahrhundert „Arbeiterklasse“ bedeutet, neu zu beantworten. Dies soll im nächsten Abschnitt geschehen.

5

DIE ARBEITERKLASSE IM 21. JAHRHUNDERT

Viele Narrative vom Niedergang der sozialdemokratischen Parteien zielen vor allem auf die Arbeiterklasse oder die Wähler*innen mit geringerem Bildungsniveau ab. Sowohl gemäß dem Narrativ der „materiellen Entfremdung“ als auch gemäß demjenigen einer „kulturellen Entfremdung“ ist die Abkehr der Arbeiter*innen von den sozialdemokratischen Parteien als Reaktion auf deren politische Entscheidungen zu verstehen. Die Parteien der radikalen Rechten, die als Hauptprofiteure dieser Veränderung gelten, werden heute zunehmend als die neuen Arbeiterparteien oder „Arbeiterparteien 2.0“ dargestellt (Arzheimer 2018). Diese Narrative schildern die Präferenzen der Arbeiterklasse aus einem sehr spezifischen Blickwinkel – nämlich aus dem Blickwinkel eines weißen, männlichen Industriearbeiters. Diese Fokussierung mag in den 1960er Jahren ihre Berechtigung gehabt haben, aber die sozioökonomischen Umwälzungen der vergangenen fünfzig Jahre haben die Arbeiterklasse grundlegend verändert. In diesem Abschnitt umreißen wir, was im 21. Jahrhundert mit „Arbeiterklasse“ gemeint ist. Wie sieht ihr soziodemografisches Profil aus? Und welche politischen Präferenzen haben die Angehörigen der Arbeiterklasse?

Der Begriff „Arbeiterklasse“ ist seit über einem Jahrhundert in Gebrauch, aber seine Bedeutung war stets umstritten, und er hat sich stets gewandelt. Es gibt sowohl objektive als auch subjektive Interpretationen des Begriffs „Arbeiterklasse“, welche nicht immer deckungsgleich sind. Vereinfacht könnte man sagen: Viele Menschen haben Arbeiter-Berufe, fühlen sich aber nicht der „Arbeiterklasse“ zugehörig, während andere sich als Angehörige der Arbeiterklasse sehen, aber gleichzeitig keine Arbeiterberufe ausüben. Mit anderen Worten: Im Leben und in der Politik ist (Arbeiter-)„Klasse“ ebenso sehr eine selbstdefinierte Identität wie eine von außen zugeschriebene Beschäftigungskategorie.

Das landläufige (marxistische) Verständnis des Begriffs „Arbeiterklasse“ ist seit jeher relativ eng gefasst und bezieht sich hauptsächlich auf Industriearbeiter*innen wie beispielsweise Hafen- oder Fabrikarbeiter*innen und Bergleute. Üblicherweise stellte man sich unter einem Angehörigen der „Arbeiterklasse“ einen weißen Mann vor, was seit jeher bestenfalls teilweise zutreffend war, da (insbesondere in der Zwischenkriegszeit) auch viele (weiße) Frauen in Fabriken

arbeiteten. Die sogenannte postindustrielle Revolution der 1960er Jahre, durch die der Schwerpunkt der Wirtschaft sich von der Industrie zum Dienstleistungssektor verschob, veränderte nicht nur die (absolute und relative) Größe der Arbeiterklasse in Westeuropa, die zwischen 1970 und 2017 um die Hälfte schrumpfte, sondern führte auch zu einem tiefgreifenden Wandel in ihrer Zusammensetzung (Benedetto, Hix, und Mastrococco 2020; Beramendi et al. 2015a).

In dieser Analyse verwenden wir hauptsächlich Daten des European Social Survey (ESS), einem der wichtigsten sozialwissenschaftlichen Erhebungsprojekte in Europa, das häufig als Goldstandard im Bereich der Stichprobennahme und Methodik bezeichnet wird.¹ Wir folgen in diesem Bericht einer umfassenderen Kategorisierung von acht Klassengruppen (Oesch 2006) und definieren die Arbeiterklasse als eine Kombination von „Produktionsarbeiter*innen“ und „Dienstleistungsarbeiter*innen“.²

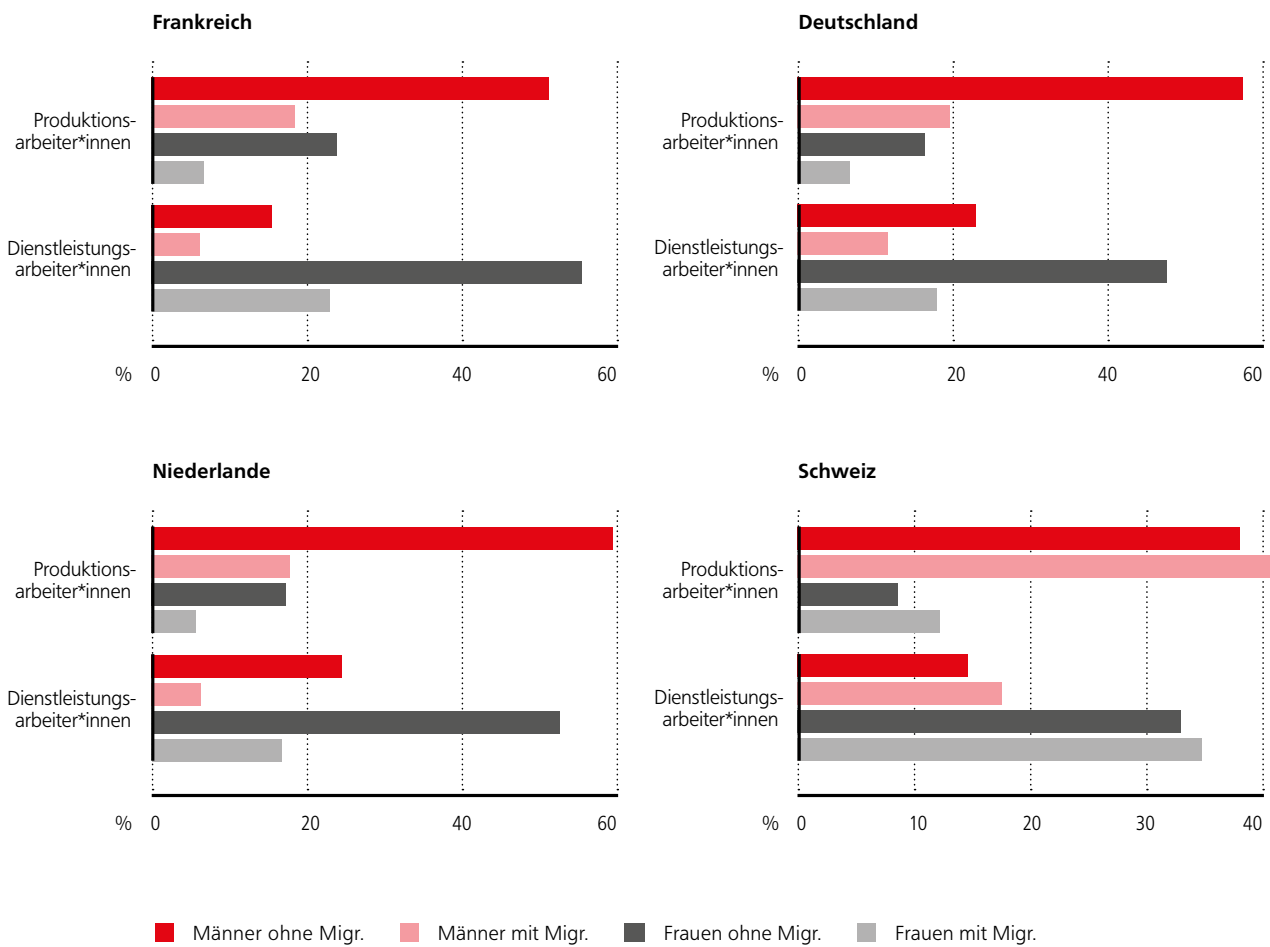
Vereinfacht man diese Unterscheidung, könnte man die Produktionsarbeiter*innen als die „alte Arbeiterklasse“ betrachten, die für das Wirtschaftsmodell des Industriezeitalters und zugleich für das nach wie vor dominierende, wenn auch veraltete, landläufige Bild der Arbeiterklasse steht. Diese „alte Arbeiterklasse“ ist in den meisten Ländern überwiegend männlich und weiß, wurde aber seit der Mitte des 20. Jahrhunderts sowohl ethnisch als auch bezüglich des Geschlechts diverser.

Gemäß dieser vereinfachten Aufteilung können Dienstleistungsarbeiter*innen als die „neue Arbeiterklasse“ gelten – also als die Arbeiter*innen des postindustriellen Zeitalters. Sie sind die Arbeiter*innen des heute dominierenden dritten

¹ Für dieses Projekt verwenden wir entweder alle oder die neuesten der neun Runden des ESS, welche die Jahre zwischen 2002 und 2018 erfassen, und richten das Hauptaugenmerk speziell auf Nordwesteuropa – eine Region, die die sozioökonomischen und politischen Entwicklungen, die wir im vorhergehenden Abschnitt beschrieben haben, am intensivsten erfahren hat. Unsere Befunde stützen sich daher auf die folgenden Länder: Österreich (AT), Schweiz (CH), Deutschland (DE), Dänemark (DK), Finnland (FI), Frankreich (FR), Großbritannien (GB), Niederlande (NL), Norwegen (NO) und Schweden (SE).

² Die acht „Oesch-Klassen“ sind: Selbstständige, (Klein)Unternehmer, geschäftliche Leitungspositionen, soziokulturelle Fachkräfte, technische Fachkräfte, Büroangestellte, Produktionsarbeiter und Dienstleistungsarbeiter.

Abbildung 2
Migrationshintergrund und Geschlecht nach Erwerbsklassen



(Lesebeispiel: 20 Prozent der Produktionsarbeiter*innen in Deutschland sind Männer mit Migrationshintergrund, während in der Schweiz mehr als 40 Prozent der Produktionsarbeiter*innen Männer mit Migrationshintergrund sind)

Quelle: Migrationshintergrund und Geschlecht bei Dienstleistungsarbeiter*innen und Produktionsarbeiter*innen (CH, DE, FR, NL; ESS 2018)

Sektors und in Dienstleistungsbranchen wie Kundenbetreuung, Gesundheitswesen und dem Gastgewerbe tätig. Dienstleistungsarbeiter*innen sind in ihrer soziodemografischen Zusammensetzung schon immer deutlich diverser gewesen als Produktionsarbeiter*innen und umfassen traditionell auch einen beträchtlichen Anteil von Frauen und in zunehmendem Maße auch von ethnischen Minderheiten.

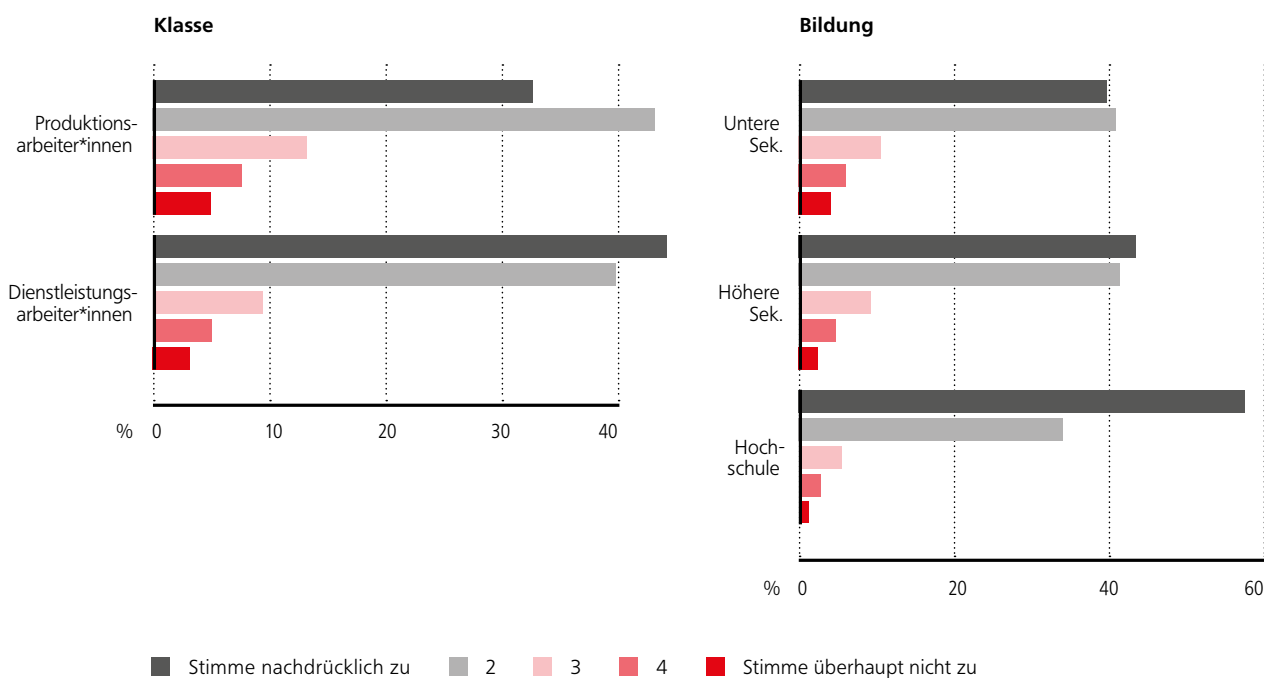
Das Schaubild 2 macht die Vielfalt der Arbeiterklasse in vier westeuropäischen Ländern deutlich.³ Sie zeigt, dass sich Produktions- und Dienstleistungsarbeiterschaft, was die Geschlechterzugehörigkeit und den Migrationshintergrund betrifft, unterschiedlich zusammensetzen (in diesem Fall hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn entweder die betreffende Person oder mindestens ein Elternteil dieser Person im Ausland geboren wurde). Erstens existiert ein ausgeprägter

Geschlechterunterschied zwischen Produktions- und Dienstleistungsarbeiter*innen. Die Produktionsarbeiterschaft ist mehrheitlich männlich, die Mehrheit der Dienstleistungsarbeiterschaft weiblich. Zweitens zeigt die Grafik, dass ein beträchtlicher (und wachsender) Anteil der Arbeiterklasse, der in allen vier Ländern und in beiden Kategorien über 25 Prozent liegt, über einen Migrationshintergrund verfügt. In der Schweiz hat sogar die Mehrheit sowohl der Produktions- als auch der Dienstleistungsarbeiter*innen einen Migrationshintergrund.

Auch in ihren Einstellungen stellt sich die Arbeiterklasse ausgesprochen diversifiziert dar. Das „gängige Narrativ“ impliziert, die Arbeiterklasse sei ein monolithischer Block, der autoritäre/nationalistische Standpunkte vertreten würde. Interessanterweise wies schon der amerikanische politische Soziologe Seymour Martin Lipset in seiner wegweisenden Arbeit zum „Autoritarismus der Arbeiterklasse“ in der Mitte des 20. Jahrhunderts darauf hin, wie vielfältig sich die Arbeiterklasse in Bezug auf ihre Präferenzen für nicht-wirtschaftliche

³ Unter Verwendung von Daten aus dem European Social Survey 2018 in vier Ländern (CH, DE, FRA, NL)

Abbildung 3
 „Schwule und Lesben sollten so leben dürfen, wie sie es sich wünschen“



(Lesebeispiel: 30 Prozent der Produktionsarbeiter*innen stimmen der Aussage, Schwule und Lesben sollten so leben dürfen, wie sie es sich wünschen, nachdrücklich zu, während 5 Prozent der Produktionsarbeiter*innen mit der Aussage überhaupt nicht einverstanden sind)

Quelle: Einstellungen von Bildungsgruppen und Arbeitergruppen zur Homosexualität (Gepoolte Daten aus: Österreich (AT), Schweiz (CH), Deutschland (DE), Dänemark (DK), Finnland (FI), Frankreich (FR), Großbritannien (GB), Niederlande (NL), Norwegen (NO) und Schweden (SE); ESS 2002–2018)

Themen wie zum Beispiel Internationalismus und Zuwanderung darstellt (Lipset 1959; 1960). Lipset stellte fest, dass in der Arbeiterklasse mehr konservative und autoritäre Positionen vorhanden seien, machte aber auch deutlich, dass die Arbeiterklasse als Ganzes nicht autoritär sei. Zudem – und dies ist für den vorliegenden Bericht ebenfalls von Bedeutung – vertrat Lipset (1959) die Auffassung, dass die autoritären Wähler*innen aus der Arbeiterklasse in der Wählerschaft sozialdemokratischer Parteien nicht sehr stark vertreten seien.

Im folgenden Abschnitt stellen wir die politischen Präferenzen der heutigen Arbeiterklasse dar. Dabei konzentrieren wir uns auf Themen, die der zweiten Dimension zuzuordnen sind und bei denen angeblich nativistische-autoritäre Einstellungen ein wichtiger Einflussfaktor für die sich wandelnden politischen Affinitäten der Arbeiterklasse sind. Wir richten das Hauptaugenmerk auf zwei Themenkomplexe, die stellvertretend für die in dieser Dimension ausgetragenen Hauptkonflikte stehen: die Einstellungen zur Homosexualität und die Einstellungen zur Zuwanderung (Kitschelt und Rehm 2014). In allen folgenden Grafiken werden die Ergebnisse nach Dienstleistungs- und Produktionsarbeiter*innen (im linken Schaubild) aufgeschlüsselt und die Einstellungen in Abhängigkeit vom Bildungsniveau der befragten Personen dargestellt (im rechten Schaubild) dargestellt.

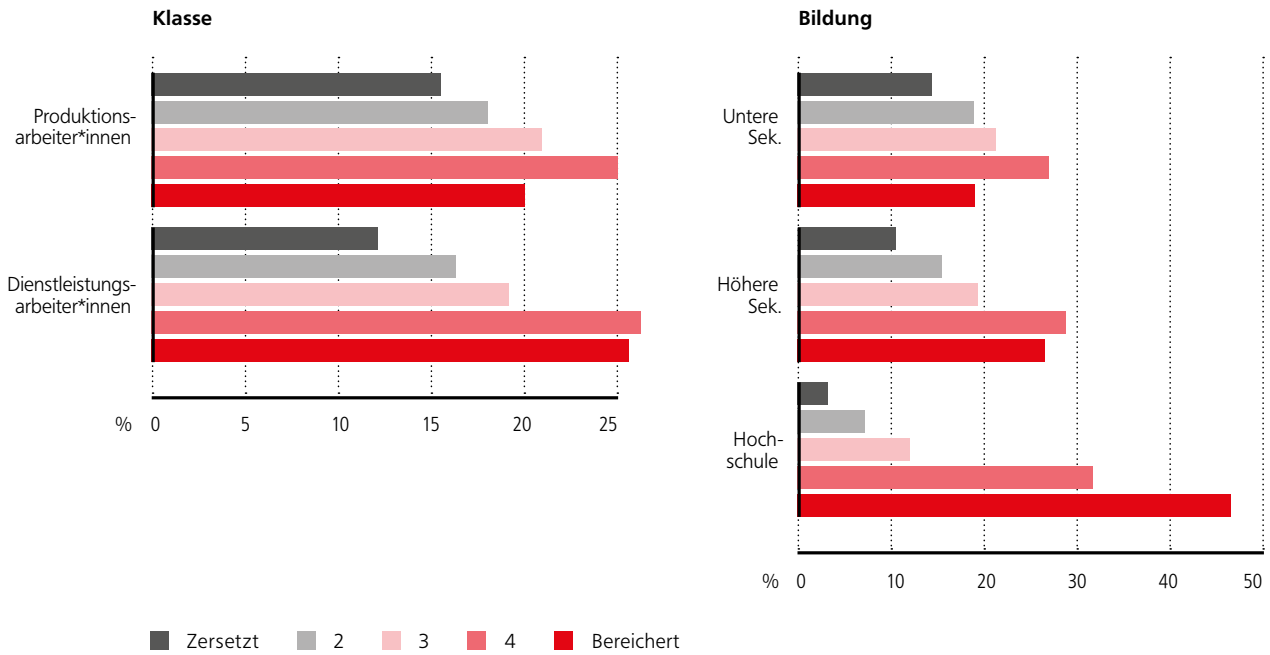
Schaubild 3 zeigt die Einstellungen von Produktions- und Dienstleistungsarbeiter*innen zur Homosexualität. Diese Einstellungen stehen für ein typisches Thema der kulturellen

Dimension und korrelieren stark mit anderen gesellschafts- und gleichstellungspolitischen Einstellungen. Wir verwenden die Aussage „Schwule und Lesben sollten so leben dürfen, wie sie es sich wünschen“, mit der in zahlreichen Untersuchungen über Einstellungen zur Homosexualität gearbeitet wurde (Abou-Chadi und Finnigan 2019).

Wir sehen, dass die Befragten aus der Arbeiterklasse gegenüber der schwulen und lesbischen Bevölkerung klar positiv eingestellt sind. Mehr als drei Viertel – sowohl der Produktionsarbeiter*innen als auch der Dienstleistungsarbeiter*innen – stimmen der Aussage (voll und ganz) zu, dass Schwule und Lesben so leben dürfen sollten, wie sie es sich wünschen. Nur eine kleine Minderheit ist mit dieser Aussage nicht einverstanden. Bei den Dienstleistungsarbeiter*innen ist die positive Einstellung etwas stärker ausgeprägt; dies bestätigt die in der Forschung gewonnene Erkenntnis, dass diese Gruppe im Allgemeinen progressivere Positionen vertritt als die Produktionsarbeiterschaft (Kitschelt und Rehm 2014).

Im rechten Schaubild sehen wir, wie die Einstellungen zur Homosexualität abhängig von der zugehörigen Bildungsgruppe variieren. Dass die Befragten mit höherem Bildungsniveau positiver eingestellt sind, überrascht hierbei nicht. Abgesehen davon, dass diejenigen, die der Aussage nachdrücklich zustimmen unter den Hochschulgebildeten stärker vertreten sind, gibt es ansonsten jedoch nur marginale Unterschiede. Der für die vorliegende Untersuchung wichtigste Befund ist, dass auch die Befragten mit niedrigeren Bildungsniveaus ge-

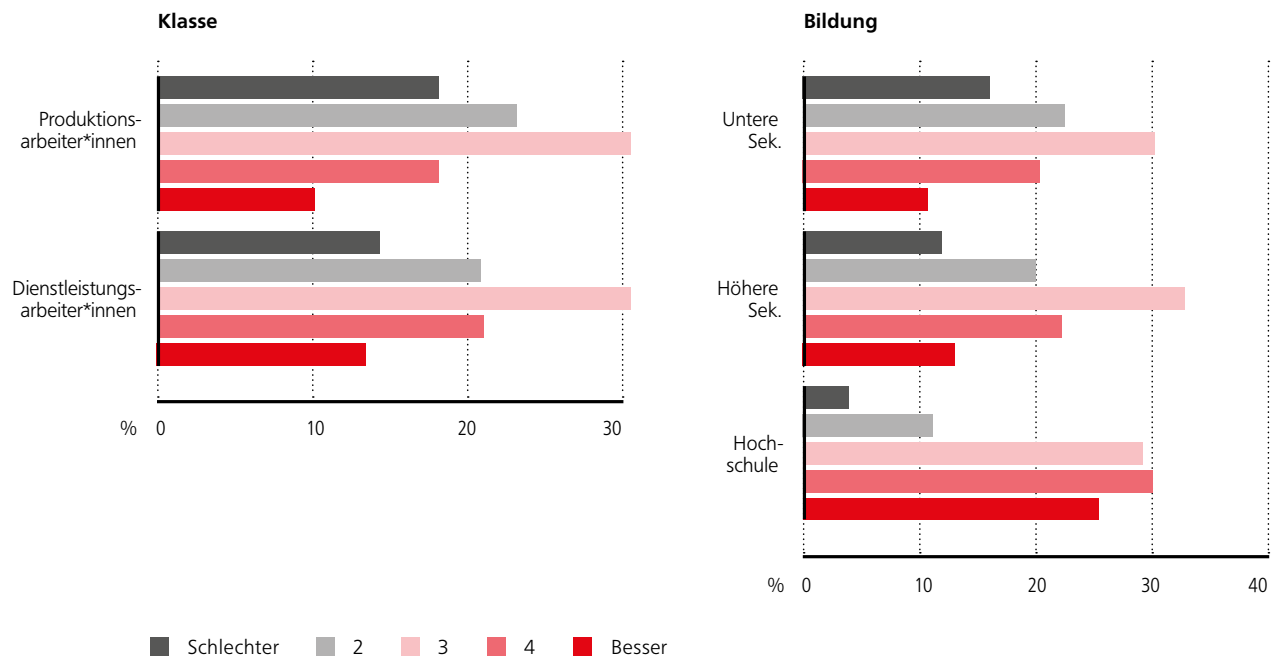
Abbildung 4
 „Die Kultur des Landes wird durch Zuwanderung zersetzt oder bereichert“



(Lesebeispiel: 20 Prozent der Produktionsarbeiter*innen stimmen nachdrücklich der Aussage zu, dass die Kultur des Landes durch Zuwanderung bereichert wird; etwas mehr als 15 Prozent der Produktionsarbeiter*innen sind mit dieser Aussage überhaupt nicht einverstanden).

Quelle: Einstellungen von Bildungsgruppen und Arbeitergruppen zur Zuwanderung (1) (Gepoolte Daten aus: Österreich (AT), Schweiz (CH), Deutschland (DE), Dänemark (DK), Finnland (FI), Frankreich (FR), Großbritannien (GB), Niederlande (NL), Norwegen (NO) und Schweden (SE); ESS 2002–2018)

Abbildung 5
 „Zuwanderung macht das Land zu einem schlechteren oder besseren Ort“



(Lesebeispiel: 20 Prozent der Dienstleistungsarbeiter*innen stimmen der Aussage eher zu, dass Zuwanderung ein Land zu einem besseren Ort macht, während rund 15 Prozent der Dienstleistungsarbeiter*innen mit dieser Aussage überhaupt nicht einverstanden sind)

Quelle: Einstellungen von Bildungsgruppen und Dienstleistungs-/Produktionsarbeitern zur Zuwanderung (2) (Gepoolte Daten aus: Österreich (AT), Schweiz (CH), Deutschland (DE), Dänemark (DK), Finnland (FI), Frankreich (FR), Großbritannien (GB), Niederlande (NL), Norwegen (NO) und Schweden (SE); ESS 2002–2018)

genüber der schwulen und lesbischen Bevölkerung größtenteils positiv eingestellt sind. Fast 80 Prozent stimmen (nachdrücklich) der Aussage zu, dass Schwule und Lesben so leben sollten, wie diese es sich wünschen.

Werfen wir nun einen Blick auf die Einstellungen zur Zuwanderung. Die Zuwanderung hat sich nicht nur zu einem bestimmenden Thema entwickelt, das die neue politische Konfliktlinie in postindustriellen Gesellschaften repräsentiert. Vielmehr sind die Einstellungen zur Zuwanderung auch die wichtigste Determinante bezüglich der Wahlentscheidungen für die radikale Rechte (Ivarsflaten 2007; Mudde 2007; Roo-duijn 2018). Schaubild 4 zeigt, wie die verschiedenen Gruppen die Aussage „Die Kultur eines Landes wird durch Zuwanderung untergraben oder bereichert“ beurteilen; Schaubild 5 zeigt die Befragungsergebnisse für die Aussage „Zuwanderung macht das Land zu einem schlechteren oder besseren Ort“. Beide Aussagen werden vielfach verwendet, um Einstellungen zur Zuwanderung zu untersuchen, und haben sich als aussagekräftige Prädiktoren für Wahlentscheidungen zugunsten der radikalen Rechten erwiesen.

Während die Einstellungen zur Zuwanderung allgemein weniger progressiv ausfallen als die Einstellungen zur schwulen und lesbischen Bevölkerung, sehen wir innerhalb der Arbeiterklasse dennoch alles andere als einheitlich autoritär-nativistische Einstellungen. Mehr als 50 Prozent der Dienstleistungsarbeiter*innen und rund 45 Prozent der Produktionsarbeiter*innen stimmen (nachdrücklich) der Aussage zu, dass Zuwanderung ein Land kulturell bereichern würde. In beiden Fällen ist der prozentuale Anteil der Arbeiter*innen, die der Meinung sind, dass Zuwanderung der Kultur eines Landes schaden würde, (signifikant) geringer. Bei der Frage, ob Zuwanderung ein Land zu einem besseren oder schlechteren Ort zum Leben macht, zeigt sich ein nur geringfügig anderes Bild. Unter den Produktionsarbeiter*innen sind mehr Befragte der Meinung, dass Zuwanderung ein Land zu einem schlechteren Ort macht, während bei den Dienstleistungsarbeiter*innen die Ergebnisse für „besser“ und „schlechter“ etwas näher beieinanderliegen. Dennoch ist in beiden Gruppen jeweils nur eine Minderheit der Meinung, dass Zuwanderung ein Land zu einem schlechteren Ort macht: Ungefähr 40 Prozent der Produktionsarbeiter*innen und etwa 35 Prozent der Dienstleistungsarbeiter*innen vertreten diese Meinung.

In Übereinstimmung mit jahrzehntelanger sozialwissenschaftlicher Forschung stellen wir fest, dass die Einstellungen zur Zuwanderung stark mit dem Bildungsniveau korrelieren, wobei die Menschen mit dem höchsten Bildungsniveau (Hochschulbildung) der Zuwanderung gegenüber am positivsten eingestellt sind. Gleichwohl ist bei den Befragten mit dem niedrigsten Bildungsniveau (unterer Sekundarbereich) nur eine Minderheit der Meinung, dass Zuwanderung die Kultur eines Landes untergräbt oder das Land zu einem schlechteren Ort macht.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Arbeiterklasse im 21. Jahrhundert eine zunehmend vielfältige Gruppe mit in großen Teilen progressiven Einstellungen ist. Auch wenn Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund in der „neuen Arbeiterklasse“ der Dienstleistungsarbeiter*innen prominenter vertreten sind und zusammen eine Mehrheit bilden, ist auch ein bedeutender Anteil der „alten Arbeiterklasse“ der Produktionsarbeiterschaft weder weiß noch männ-

lich. Was die Einstellungen angeht, ist die große Mehrheit sowohl der Produktions- als auch der Dienstleistungsarbeiter*innen in LGBTQ*-Fragen positiv eingestellt, während gleichzeitig ein verhältnismäßig großer Teil progressive oder neutrale (und nicht sehr ausgeprägte) Einstellungen zur Zuwanderung vertritt.

6

DIE ARBEITERKLASSE UND DIE RADIKALE RECHTE

Der frühere Trump-Berater Steve Bannon brüstete sich gern damit, er und sein (ehemaliger) Chef hätten die Republikanische Partei zu einer „Partei der Arbeiterklasse“ gemacht (*The Guardian*, 17. Dezember 2019). Damit bekräftigte er ein umfassenderes Narrativ, welches seit den 1990er Jahren zumindest in Westeuropa immer populärer wurde und dem zufolge die Parteien der radikalen Rechten die neuen Repräsentanten der Arbeiterklasse sein sollen. Dies stimmt zunächst mit wissenschaftlichen Untersuchungen überein, die gezeigt haben, dass einige rechtsradikale Parteien in den 1990er Jahren bessere Ergebnisse – zwischen 5 und 15 Prozent – einzufahren begannen und ihre Wähler*innen angingen, ein etwas klareres Profil zu entwickeln.

Die wenigen mäßig erfolgreichen Parteien der radikalen Rechten der frühen 1980er Jahre hatten sowohl Angestellte als auch Arbeiter*innen angesprochen, erzielten aber besonders große Erfolge bei Selbstständigen und Kleinunternehmern (dem sogenannten „Kleinbürgertum“). Der deutsche Politikwissenschaftler Hans-Georg Betz war der Erste, der einen Prozess der „Proletarisierung“ feststellte, mit welchem die erfolgreicher populistic rechtsradikalen Parteien wie der französische FN und die österreichische FPÖ es schafften, ihre Wählerschaft aus der unteren Mittelschicht zu halten und zugleich ihre Unterstützung vor allem in der Arbeiterklasse auszubauen (Betz 1994). Infolge dieses Proletarisierungsprozesses änderten die radikal rechten Parteien ihre Programmatik und ihr Auftreten, wodurch sich dieser Prozess noch verstärkte, und wandelten sich von Befürworter*innen einer punktuell neoliberalen Politik (u. a. Steuersenkungen und Privatisierung) zu entschiedenen Verfechter*innen eines „Wohlfahrtschauvinismus“, der Sozialleistungen (nur) für das „eigene Volk“ vorsieht (De Lange 2007). Infolge dieser programmatischen Veränderung gelang es den erfolgreicher Parteien der radikalen Rechten, überproportional viele Wähler*innen aus der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen (Harteveld 2016).

In wissenschaftlichen Beiträgen und in Publikationen für die breite Öffentlichkeit wurden die Parteien der radikalen Rechten zunehmend als „Arbeiterparteien“ oder als „ein neuer Typus einer Partei der Arbeiterklasse“ bezeichnet (Oesch 2012: 48). Das Stereotyp der Wählerschaft der radikalen Rechten in Westeuropa war nunmehr der (einigermaßen) junge,

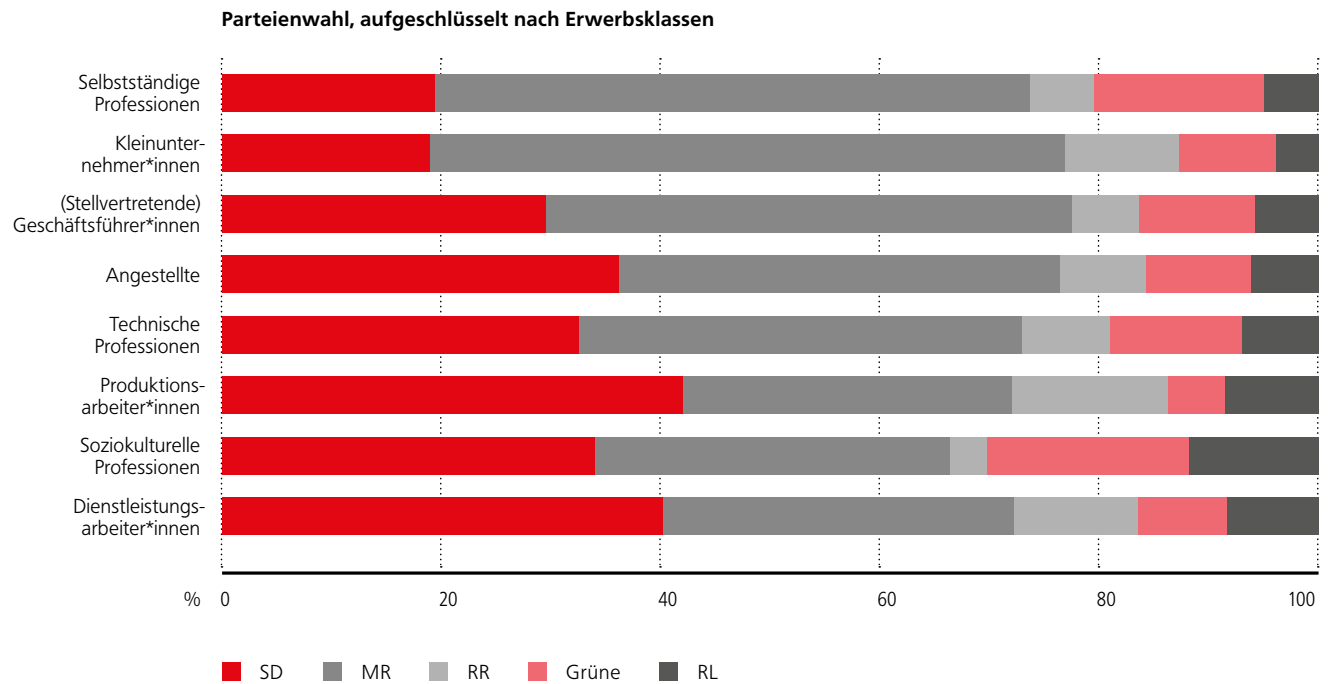
gering qualifizierte männliche Angehörige der Arbeiterklasse (Arzheimer 2018). Zudem wird häufig behauptet, die heutigen Anhänger*innen der radikalen Rechten seien ehemalige Wähler*innen sozialdemokratischer Parteien. Doch ist dies eine zutreffende Darstellung der radikal rechten Wählerschaft? In diesem Abschnitt dokumentieren wir zunächst die Klassenbasis der radikal rechten Wählerschaft und zeigen in einem zweiten Schritt, von welchen Parteien deren Wähler*innen stammen.

Aufbauend auf dem bereits beschriebenen Berufsklassenmodell von Oesch (2006), zeigt Schaubild 6, wie sich entsprechend des European Social Survey von 2002–2018 die Unterstützung für Parteien in verschiedenen Erwerbsklassengruppen verteilt⁴. Das Schaubild zeigt für jede Klasse, welche Partei den meisten Zuspruch erfährt. Wir können feststellen, dass es in allen Berufsklassengruppen einen gewissen Zuspruch zu Parteien der radikalen Rechten gibt, gleichzeitig aber auch beträchtliche Unterschiede existieren. Den verhältnismäßig wenigsten Zuspruch erhalten rechtsradikale Parteien von soziokulturellen Experten – also von Menschen, die in zwischenmenschlichen Berufen arbeiten und welche oft über ein höheres Bildungsniveau verfügen, aber weder Manager sind und auch nicht der unternehmerischen Elite angehören. Den verhältnismäßig höchsten Zuspruch erfahren Parteien der radikalen Rechten von den drei Klassengruppen, die bereits erwähnt wurden: von den Kleinunternehmern sowie der alten und der neuen Arbeiterklasse, also den Produktions- und Dienstleistungsarbeiter*innen.

Es ist jedoch festzuhalten, dass zwar Angehörige der (neuen und alten) Arbeiterklasse überproportional für radikale rechte Parteien stimmen, dass diese Parteien aber keineswegs als „Arbeiterparteien“ zu bezeichnen sind. Die sozialdemokratischen Parteien bleiben die Parteienfamilie, die von Produktions- und von Dienstleistungsarbeiter*innen den meisten Zuspruch erfährt. Die zweitgrößte (und in manchen

⁴ Gepoolte Daten; dies bedeutet, dass wir einen Datensatz aus allen Ländern und Jahren zusammengestellt haben, um möglichst viele Wähler zu erfassen. Parteifamilien: SD = Sozialdemokratische Parteien, MR = Rechte Volksparteien, LIB = Liberale Parteien, GR = Grüne Parteien, RL = Radikal Linke Parteien, RR = Radikal Rechte Parteien

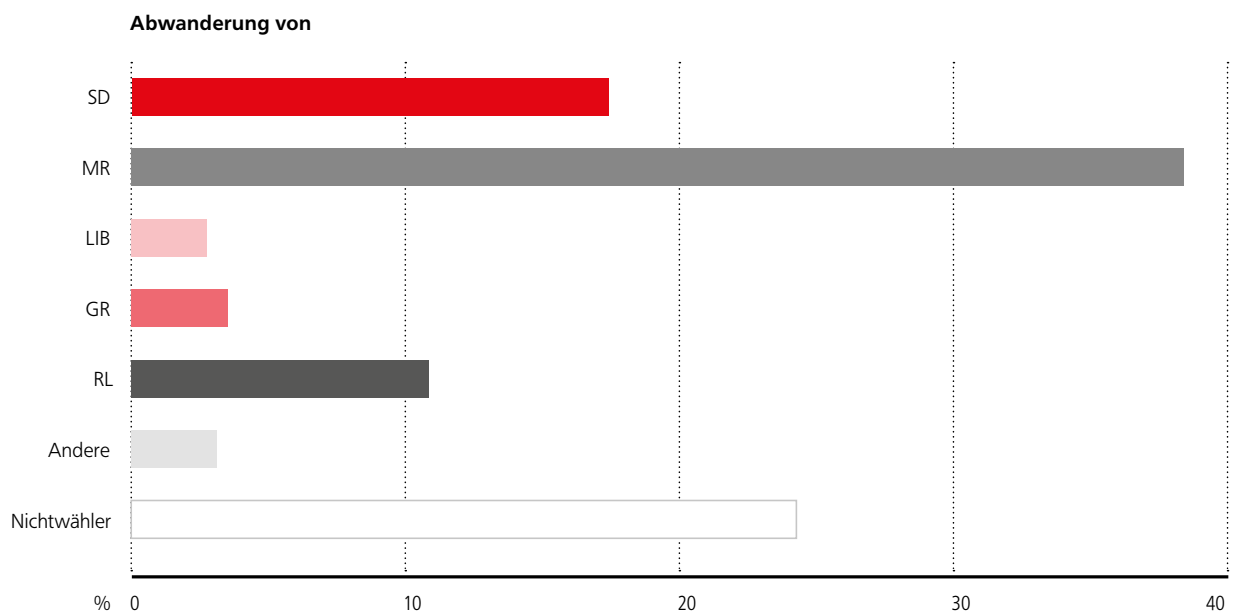
Abbildung 6
Parteiwahl nach Klassenzugehörigkeit



(Lesebeispiel: 40 Prozent der Dienstleistungsarbeiter*innen wählten sozialdemokratische Parteien, während 30 Prozent für rechte Volksparteien stimmten)

Quelle: Parteienwahl, aufgeschlüsselt nach Erwerbsklassen (Gepoolte Daten aus: Österreich (AT), Schweiz (CH), Deutschland (DE), Dänemark (DK), Finnland (FI), Frankreich (FR), Großbritannien (GB), Niederlande (NL), Norwegen (NO) und Schweden (SE); ESS 2002–2018)

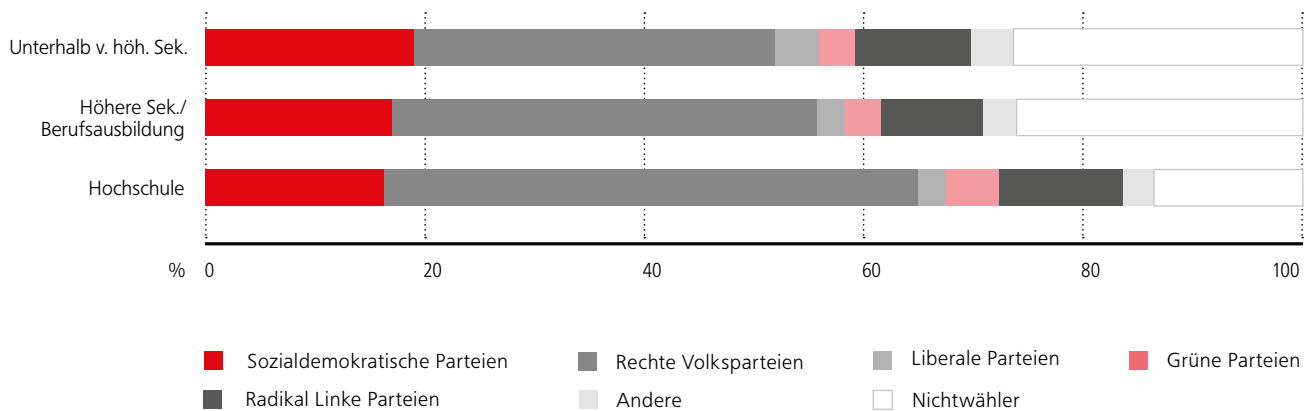
Abbildung 7
Wählerwanderung zu radikalen rechten Parteien seit 2000



(Lesebeispiel: 40 Prozent der Wähler*innen, die zu einer radikalen rechten Partei gewandert sind, haben bei vorherigen Wahlen für rechte Volksparteien gestimmt)

Quelle: Wählerwanderung zu radikalen rechten Parteien (Nationale Wahlstudien 2000–2018 aus: Österreich (AT), Schweiz (CH), Deutschland (DE), Dänemark (DK), Finnland (FI), Großbritannien (GB), Niederlande (NL), Norwegen (NO), und Schweden (SE))

Abbildung 8
Wählerwanderung zu radikalen rechten Parteien seit 2000



(Lesebeispiel: Fast 20 Prozent der Wähler*innen, die zu einer radikalen rechten Partei gewandert sind und deren Bildungsniveau unterhalb des oberen Sekundarbereichs liegt, haben bei vorherigen Wahlen für sozialdemokratische Parteien gestimmt)

Quelle: Wählerwanderung zu radikalen rechten Parteien, aufgeschlüsselt nach Bildungsgruppen (Nationale Wahlstudien 2000-2018 aus: Österreich (AT), Schweiz (CH), Deutschland (DE), Dänemark (DK), Finnland (FI), Großbritannien (GB), Niederlande (NL), Norwegen (NO), und Schweden (SE))

Ländern die größte) Wählergruppe aus der Arbeiterklasse gibt ihre Stimme Mitte-Rechts-Parteien wie zum Beispiel christdemokratischen und konservativen Parteien. Somit ist eindeutig erkennbar, dass die radikale Rechte keineswegs die alleinige Stimme der Arbeiterklasse ist. Der wachsende Erfolg der radikalen Rechten basiert zwar darauf, dass sie auf diese Klasse eine stärkere Anziehungskraft ausüben, aber insgesamt unterstützt in Westeuropa im 21. Jahrhundert nur eine kleine Minderheit von Wähler*innen aus der Arbeiterklasse (rund 15 Prozent) radikal rechte Parteien.

Da der wachsende Zuspruch für Parteien der radikalen Rechten seitens der Arbeiterklasse und der Wählerschwund der sozialdemokratischen Parteien zeitlich zusammenfallen, ist es nicht überraschend, dass viele Kommentator*innen diese neuen radikalen Rechtswähler*innen als frühere sozialdemokratische Wähler*innen betrachten. Doch wie stellt dieser Zusammenhang sich empirisch dar? Woher kommen die neuen Wähler*innen rechtsradikaler Parteien?

Schaubild 7 zeigt, welchen Parteienfamilien die Wähler*innen rechtsradikaler Parteien ihre Stimme gaben, bevor sie sich der radikalen Rechten zuwandten.⁵ Wir stellen fest, dass der größte Teil der Wähler*innen, die in den vergangenen zwanzig Jahren zu Parteien der radikalen Rechten gewandert sind, vorher eine rechte Volkspartei unterstützten. Die zweitgrößte Gruppe, die zur radikalen Rechten gewandert ist, sind vormalige Nichtwähler*innen. Hingegen hatten weniger als 20 Prozent der neuen radikalen Rechten zuvor eine sozialdemokratische Partei gewählt. Die Behauptung,

radikale rechte Parteien würden ihre Wählerschaft zu einem großen Teil aus enttäuschten ehemaligen sozialdemokratischen Wähler*innen rekrutieren, findet also empirisch keine Bestätigung.

Es könnte natürlich sein, dass Wähler*innen nicht direkt zu radikalen rechten Parteien wechseln, sondern zuerst von sozialdemokratischen Parteien zu rechten Volksparteien abwandern oder nicht zur Wahl gehen und erst später zu einer radikalen rechten Partei wechseln. Diese Frage ist empirisch sehr viel schwieriger zu untersuchen, weil dies Langzeit-Paneldaten erfordert, damit das Wahlverhalten derselben Menschen über einen längeren Zeitraum verfolgt werden kann. Bischof und Kurer (2021) verwenden Daten aus dem deutschen Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) (sowie Paneldaten in der Schweiz und in Großbritannien), um genau dies zu untersuchen. Deutschland ist der ideale Testfall für diese Fragestellung, weil der Aufstieg der AfD ein eher neues Phänomen ist, sodass wir das Wahlverhalten der Wähler*innen, bei denen es sich zumeist um Neuwähler*innen handelt, im zeitlichen Verlauf nachverfolgen können. Dabei können wir untersuchen, welchen Parteien sie bei früheren Wahlen ihre Stimmen gaben. Bischof und Kurer (2021) zeigen, dass nur ein sehr kleiner Anteil derjenigen, die 2017 die AfD wählten, in vorherigen Wahlen die sozialdemokratische SPD unterstützte – auf weniger als 20 Prozent trifft dies zu. Selbst dann, wenn wir mit Hilfe von Paneldaten das Wahlverhalten im zeitlichen Verlauf nachverfolgen, finden wir also keinen Beleg dafür, dass diejenigen, die heute rechtsradikale Parteien wählen, früher sozialdemokratische Parteien wählten.

Schaubild 8 zeigt ferner, dass dieses Muster sich von Bildungsgruppe zu Bildungsgruppe nicht drastisch unterscheidet. Auch bei Wähler*innen mit niedrigem Bildungsniveau stellen wir fest, dass nur ein kleiner Teil der radikalen rechten Wähler*innen zuvor eine sozialdemokratische Partei gewählt hat.

⁵ Zur Beantwortung dieser Fragen stützen wir uns auf zwei verschiedene Datenquellen sowie auf vorliegende Forschungsergebnisse. Aufbauend auf Abou-Chadi und Wagner (2020b), verwenden wir Daten aus nationalen Wahlstudien in mehreren Ländern, um Wählerwanderungen von einer Wahl zur nächsten Wahl zu analysieren. Für den Zeitraum 2000 bis 2018 können wir auf diese Weise dokumentieren, welche Parteien die neuen Wähler*innen der radikalen Rechten unterstützt haben, bevor sie ihr Wahlverhalten änderten.

7

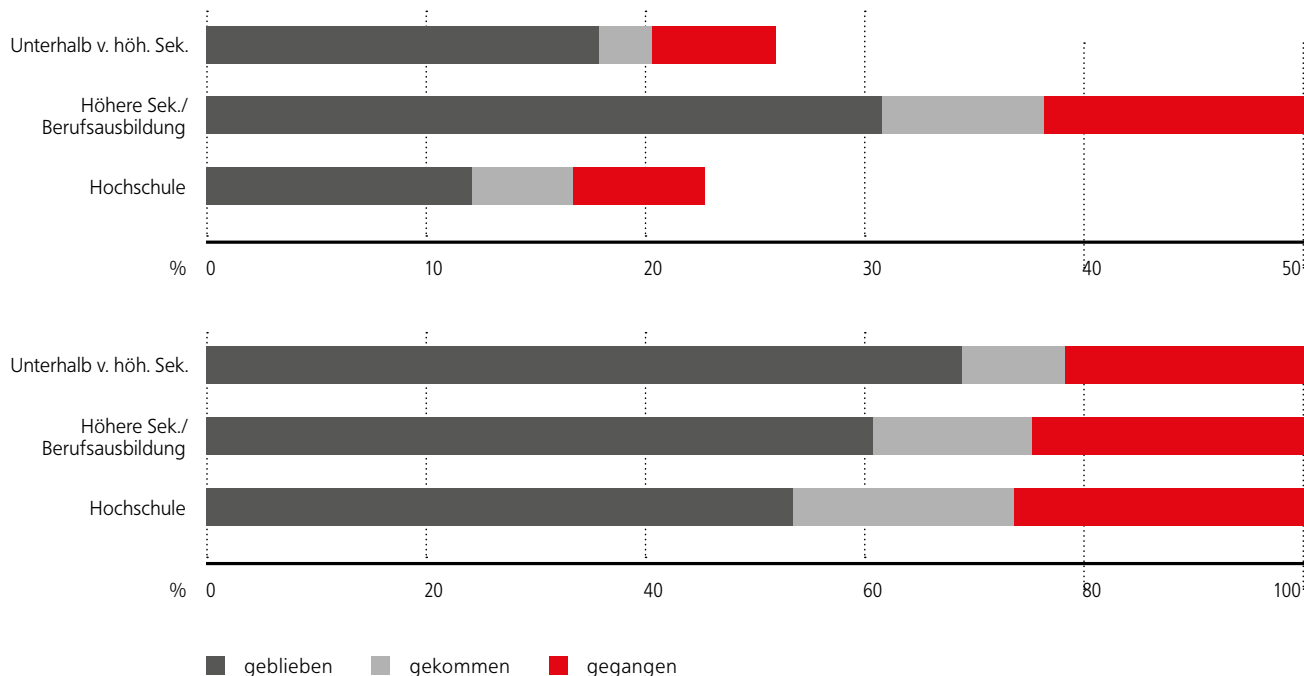
WIE HAT SICH DIE SOZIALDEMOKRATISCHE WÄHLERSCHAFT GEWANDELT?

Das gängige Narrativ sieht im Verlust von Wähler*innen mit geringerem Bildungsniveau und von Wähler*innen aus der Arbeiterklasse die Hauptursache für die elektorale Krise sozialdemokratischer Parteien. Wie bereits gezeigt, machen die ehe-

maligen Anhänger*innen sozialdemokratischer Parteien jedoch nur einen kleinen Teil der radikal rechten Wählerschaft aus. In diesem Abschnitt verändern wir die Perspektive und untersuchen die Wählerschaft der sozialdemokratischen Parteien.

Abbildung 9
Veränderungen des Wählerzuspruchs für sozialdemokratische Parteien seit 2000

Das obere Schaubild zeigt die Größe verschiedener Bildungsgruppen in der sozialdemokratischen Wählerschaft und die Veränderung ihres Wahlverhaltens. Im unteren Schaubild werden die Bildungsgruppen als Anteil der Gesamtgruppe dargestellt, aufgeschlüsselt nach Bildungsniveau.



(Lesebeispiel Schaubild oben: Seit 2000 hatten etwas mehr als 30 Prozent der sozialdemokratischen Wähler*innen einen höheren Sekundarabschluss/ eine abgeschlossene Berufsausbildung und wählten weiterhin die Sozialdemokraten, während rund 5 Prozent der Menschen mit Hochschulabschluss sich von den Sozialdemokraten abwandten.)

(Lesebeispiel Schaubild unten: Seit 2000, wählten ca. 60 Prozent der sozialdemokratischen Wähler*innen mit höherem Sekundarabschluss/einer abgeschlossenen Berufsausbildung weiterhin die Sozialdemokraten, während ca. 25 Prozent der Menschen mit Hochschulabschluss sich von den Sozialdemokraten abwandten.)

Quelle: Veränderungen des Wählerzuspruchs für sozialdemokratische Parteien seit 2000, aufgeschlüsselt nach Bildungsgruppen (Nationale Wahlstudien 2000-2018 aus: Österreich (AT), Schweiz (CH), Deutschland (DE), Dänemark (DK), Finnland (FI), Großbritannien (GB), Niederlande (NL), Norwegen (NO), und Schweden (SE)).

Konkret zeigen wir, wie sich die sozialdemokratische Wählerschaft in den vergangenen zwanzig Jahren gewandelt hat – in jenem Zeitraum also, in dem die sozialdemokratischen Parteien den stärksten Wählerschwund zu verzeichnen hatten.

Gestützt auf die bereits beschriebenen Wählerwanderungsdaten untersuchen wir, welche soziodemografischen Gruppen in den vergangenen zwanzig Jahren den sozialdemokratischen Parteien treu blieben, welche sich von ihnen abwandten und welche sich ihnen zuwandten (Abou-Chadi und Wagner 2020b). Auch bei dieser Perspektive interessiert uns vornehmlich die Klassenstruktur derjenigen Wähler*innen, die sich von den sozialdemokratischen Parteien abgewandt haben. Leider enthalten die Daten aus den nationalen Wahlstudien, die uns die Analyse der Wählerwanderungen ermöglichen, keine Angaben zu Berufen, sodass wir stattdessen die Bildungsniveaus als Annäherung verwenden.

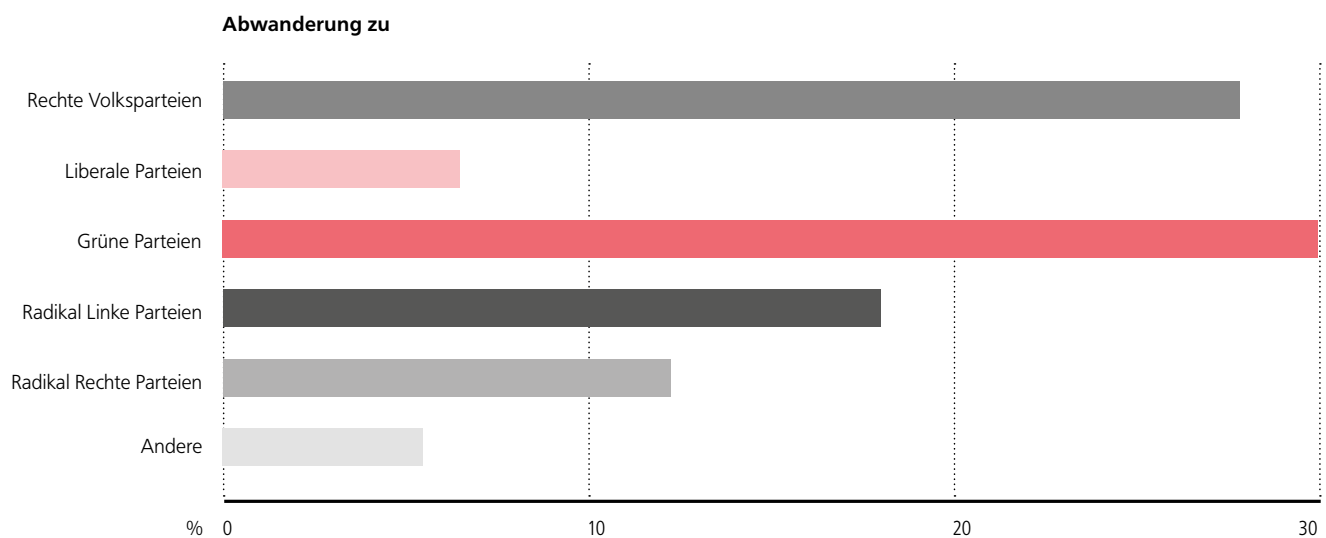
In Schaubild 9 wird dieselbe Information auf zwei unterschiedliche Arten dargestellt. Das obere Schaubild zeigt die Größe der verschiedenen Gruppen (*stayers, leavers* und *joiners*) der sozialdemokratischen Wählerschaft in Abhängigkeit vom Bildungsniveau. Wir können feststellen, dass Menschen mit höherer Sekundarbildung und/oder Berufsausbildung den größten Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft im 21. Jahrhundert ausmachen, wobei die Anteile bei den Menschen ohne höhere Sekundarbildung und Hochschulbildung in etwa ähnlich sind. Erstens zeigt sich, dass in allen Gruppen sozialdemokratische Parteien (weitaus) mehr Wähler*innen verloren als hinzugewannen. Zweitens waren die Wählerverluste der sozialdemokratischen Parteien in absoluten Zahlen am größten in der mittleren Bildungskategorie und nicht bei den Wähler*innen mit niedrigerem Bildungsniveau.

Im unteren Schaubild werden dieselben Gruppen als Anteil der Gesamtgruppe dargestellt, aufgeschlüsselt nach Bildungsniveau. Es zeigt unabhängig von der Gruppengröße, in welchen Gruppen sozialdemokratische Parteien die meisten Wähler*innen verloren haben. Auch hier stellen wir fest, dass die proportionalen Verluste einigermaßen gleichmäßig über alle Gruppen verteilt sind. Interessanterweise zeigt sich im deutlichen Unterschied zum bekannten Narrativ, dass sozialdemokratische Parteien überproportional Wähler*innen in der Gruppe der Bestausgebildeten und die verhältnismäßig wenigsten Wähler*innen in der Gruppe der Menschen mit dem niedrigsten Bildungsniveau verloren haben. Wir finden also keine Bestätigung für die Annahme, dass die weniger Gebildeten die treibende Kraft beim Niedergang der sozialdemokratischen Parteien seien. Im Gegenteil: Die Stimmenverluste der sozialdemokratischen Parteien sind, absolut und relativ betrachtet, bei Wählenden mit höheren Bildungsniveaus deutlich größer.

Hieran knüpft sich die Frage, an welche Parteien die sozialdemokratischen Parteien ihre Wähler*innen verloren haben. Wie im vorhergehenden Abschnitt gezeigt, entstammen die Wähler*innen der radikalen Rechten – anders als das gängige Narrativ annehmen würde – nicht in erster Linie der Wählerschaft der sozialdemokratischen Parteien. Das bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass sozialdemokratische Parteien nicht auch viele Wähler*innen an radikale rechte Parteien verlieren. Schaubild 10 zeigt, zu welchen Parteien die sozialdemokratischen Wähler*innen abgewandert sind.

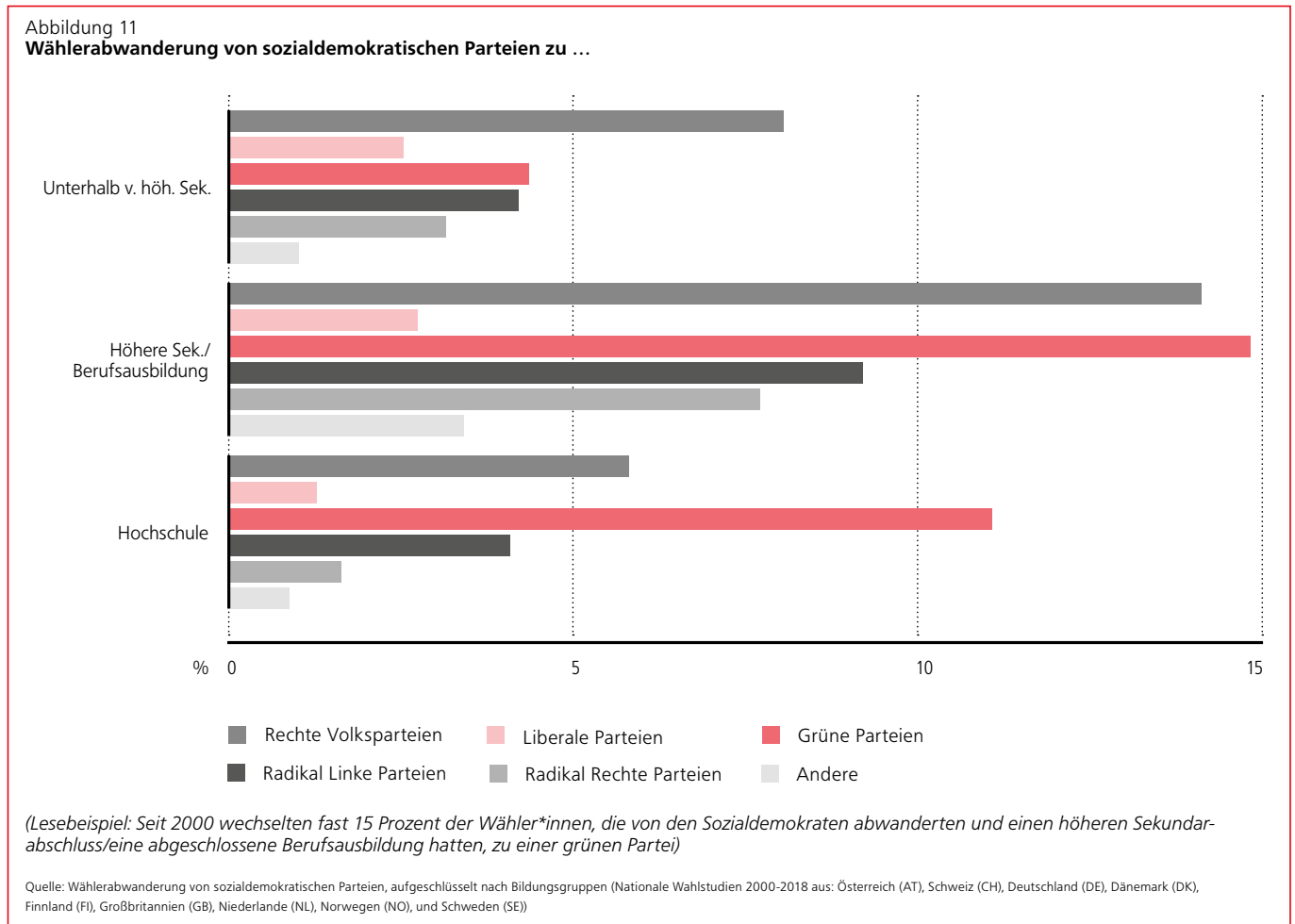
Mehrere Aspekte erscheinen bei der Betrachtung bemerkenswert. Erstens haben die sozialdemokratischen Parteien in alle Richtungen Wähler*innen verloren – es lässt sich kein

Abbildung 10
Wählerabwanderung von sozialdemokratischen Parteien seit 2000



(Lesebeispiel: Seit 2000 wechselten knapp 30 Prozent der sozialdemokratischen Wähler*innen, die zu einer anderen Partei wanderten, zu einer grünen Partei.)

Quelle: Wählerabwanderung von sozialdemokratischen Parteien (Nationale Wahlstudien 2000-2018 aus: Österreich (AT), Schweiz (CH), Deutschland (DE), Dänemark (DK), Finnland (FI), Großbritannien (GB), Niederlande (NL), Norwegen (NO), und Schweden (SE))



„Wanderungstyp“ ausmachen, der für sich allein für den elektoralen Niedergang verantwortlich gemacht werden könnte. Zweitens haben sozialdemokratische Parteien bei Weitem die meisten Wähler*innen an Mitte-Rechts-Parteien und grüne/links-libertäre Parteien verloren. Besonders in den 2010er Jahren verloren die sozialdemokratischen Parteien den größten Teil ihrer früheren Anhänger*innen an progressivere Parteien links der Mitte (Abou-Chadi und Wagner 2020b). Drittens ist die Wählerabwanderung zur radikalen Rechten nur für einen sehr kleinen Teil der Stimmenverluste sozialdemokratischer Parteien verantwortlich. Nur wenig mehr als 10 Prozent derjenigen, die in den ersten 20 Jahren des 21. Jahrhunderts von sozialdemokratischen Parteien zu anderen Parteien abgewandert sind, wandten sich der radikalen Rechten zu.

Schaubild 11 zeigt bei allen Bildungsgruppen im Großen und Ganzen das gleiche Bild. Wie vermutet, wanderten ehemals sozialdemokratische Wähler*innen mit Hochschulbildung in erster Linie zu grünen und neuen linken Parteien ab. Selbst bei den weniger Gebildeten macht die Abwanderung zur radikalen Rechten jedoch nur einen kleinen Teil der Stimmenverluste sozialdemokratischer Parteien aus.

8

SOZIALDEMOKRATISCHE ANTWORTEN

Wir haben gezeigt, dass (1) die Präferenzen der Arbeiterklasse nicht auf autoritäre/nationalistische Positionen reduziert werden sollten, dass (2) sozialdemokratische Parteien nicht überproportional viele Wähler*innen aus der Arbeiterklasse verloren haben und dass (3) nur ein kleiner Teil der ehemaligen sozialdemokratischen Wählerschaft zur radikalen Rechten abgewandert ist. Im nächsten Schritt wenden wir uns der Hauptfrage zu, die sich aus dem gängigen Narrativ ergibt: Welchen Einfluss haben die politischen Standpunkte der sozialdemokratischen Parteien auf den Wählerzuspruch zu diesen Parteien, und welche dieser Standpunkte beeinflussen möglicherweise die Wählerabwanderung zur radikalen Rechten? Welche anderen Strategien können sozialdemokratische Parteien verfolgen, und welche Strategien bieten sie tatsächlich an? Aufbauend auf bestehenden Forschungsarbeiten (Abou-Chadi et al. 2021), unterscheiden wir hier vier idealtypische Themenprofile für sozialdemokratische Parteien: Neu-Links, Alt-Links, Zentristisch und linksnationalistisch (siehe Tabelle 1).

Wie bereits erörtert, sieht das gängige Narrativ zum Wählerschwund sozialdemokratischer Parteien die vermeintliche progressiv-liberale Bewegung von den sozialdemokratischen Parteien auf der Liberal-Autoritären Dimension als Hauptgrund für den Wählerschwund. Gemäß diesem Narrativ wurde

die Arbeiterklasse dadurch abgestoßen, dass sozialdemokratische Parteien progressive Positionen zu „neuen“ Themen wie Zuwanderung und Integration, Geschlechtergleichstellung und LGBTQ*-Rechte übernommen hätten (Eatwell und Goodwill 2018; Lilla 2017). Diese Wähler*innen würden sich zwar möglicherweise weiterhin von den wirtschaftspolitischen Positionen der sozialdemokratischen Parteien angesprochen fühlen, geben ihre Stimme aber lieber radikalen rechten Parteien, weil diese in der für sie wichtigeren zweiten (gesellschaftspolitischen) Dimension autoritäre und nativistischere Standpunkte vertreten.

Vertreter*innen dieser Idee sprechen sich folglich dafür aus, dass sozialdemokratische Parteien eine linksnationalistische Position einnehmen sollten. Dadurch würden sie ihre verlorene Stammwählerschaft – die (weiße) Arbeiterklasse – zurückgewinnen können, die inzwischen angeblich die Wählerbasis der radikalen Rechten bildet. Der Aufstieg radikaler rechter Parteien wird also nicht nur als Korrelat des sozialdemokratischen Wählerschwunds betrachtet, sondern auch als dessen Ursache. Dementsprechend legen die erwähnten Beobachter*innen den sozialdemokratischen Parteien nahe, in der Zuwanderungsfrage weniger progressive Positionen einzunehmen oder zumindest die Bedeutung der kulturellen Dimension herunterzuspielen. Besonders deutlich sichtbar

Tabelle 1
Idealtypische Themenprofile für sozialdemokratische Parteien

	Neu-Links	Alt-Links	Zentristisch	Linksnationalistisch
Wählerzielgruppe	Neue Mittelschicht	Arbeiterklasse	Mittelschicht	Arbeiterklasse
Hauptkonkurrenten	Grün/Sozialliberal	Radikale Linke	Rechte Volksparteien	Radikale Rechte
Wichtigste politische Veränderung	Progressivere Einstellungen in der kulturellen Dimension	Linkere Einstellungen in der wirtschaftspolitischen Dimension	Gemäßigtere Einstellungen in beiden Dimensionen	Autoritärere Einstellungen in der kulturellen Dimension

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Abou-Chadi et al. (2021)

wird dies in einem Narrativ, das die „Identitätspolitik“ als Hauptursache für den sozialdemokratischen Niedergang betrachtet (Berman 2016; Berman und Snegovaya 2019; Lilla 2017, 2018).

In einem spiegelbildlichen Verhältnis zum linksnationalistischen Modell sprechen sich Befürworter*innen einer neu-linken Strategie dafür aus, dass sozialdemokratische Parteien progressive Standpunkte aufgreifen sollten, um die wachsende Gruppe gut ausgebildeter Wähler*innen sowie Teile der Arbeiterklasse anzusprechen, die nicht autoritär-nativistisch eingestellt sind (einschließlich Arbeiter*innen mit Migrationshintergrund). Kennzeichnend für neu-linke Strategien ist eine Kombination von „investitionsorientierter“ Sozialpolitik (zum Beispiel dem Ausbau der Kinderbetreuung, aktive Arbeitsmarktpolitik) und progressiven Positionen in Fragen der Geschlechtergleichstellung, dem Umweltschutz und der Zuwanderung. Diese Strategien zielen vor allem darauf ab, (potenzielle) Wähler*innen grüner und sozialliberaler Parteien für sich zu gewinnen oder zurückzugewinnen (Abou-Chadi et al. 2021).

Fürsprecher*innen des dritten, zentristischen, Modells heben die Wahlerfolge hervor, welche in der Mitte der 1990er Jahre und in frühen 2000er Jahren die Politik des „Dritten Wegs“ verzeichnen konnte, und fordern eine „Rückkehr zur Mitte“. Dieser zentristische Ansatz plädiert für gemäßigte Positionen sowohl in der wirtschaftspolitischen als auch in der kulturellen Dimension. Wenn sie eine Strategie der politischen Mitte verfolgen würden, würden die sozialdemokratischen Parteien die begehrten „Medianwähler*innen“ ins Visier nehmen und sich zum Ziel setzen, gemäßigte Wähler*innen anzusprechen. Somit würden sie hauptsächlich mit den rechten Volksparteien um Wähler*innen aus der Mittelschicht konkurrieren, bei denen die latente Wahrscheinlichkeit bestünde, dass sie zwischen diesen beiden Parteien hin und her wechseln würden.

Die Befürworter*innen einer alt-linken Strategie sind hingegen der Meinung, gerade dieser Shift in die politische Mitte sei der Hauptgrund für den Wählerschwund, den die sozialdemokratischen Parteien in den vergangenen Jahrzehnten zu verzeichnen hatten (Evans und Tilley 2017). Auch wenn diese Strategie auf kurze Sicht zu Wahlerfolgen geführt habe, seien dadurch weite Teile der (potenziellen) sozialdemokratischen Wähler*innen – insbesondere jene aus der Arbeiterklasse – verprellt worden, die ein wirtschaftspolitisch stärker linkes Programm favorisiert hätten. Eine alt-linke Strategie plädiert daher dafür, Positionen aufzugreifen, die stark auf Umverteilung setzen – etwa auf die Ausweitung von Leistungen für Rentner*innen und Erwerbslose –, propagiert aber mit Blick auf die politischen Themen der zweiten Dimension keine autoritär-nativistischen Einstellungen. Zur alt-linken Strategie gehört die Auffassung, dass die Bedeutung dieser kulturellen politischen Themen nicht überbetont werden sollte.

All diese idealtypischen Strategien sind mit unterschiedlichen Zielkonflikten verbunden und gehen von verschiedenen Vorstellungen davon aus, welche Wähler*innen sozialdemokratische Parteien ansprechen sollten. Wie diese Strategien sich für die Konkurrenz zwischen sozialdemokratischen und radikalen rechten Parteien umsetzen und wie sie sich konkret auf das Abschneiden sozialdemokratischer Parteien bei Wahlen auswirken, ist auch hier letztlich eine empirische Frage. Dass die Annahmen, auf denen einige dieser Ansätze auf-

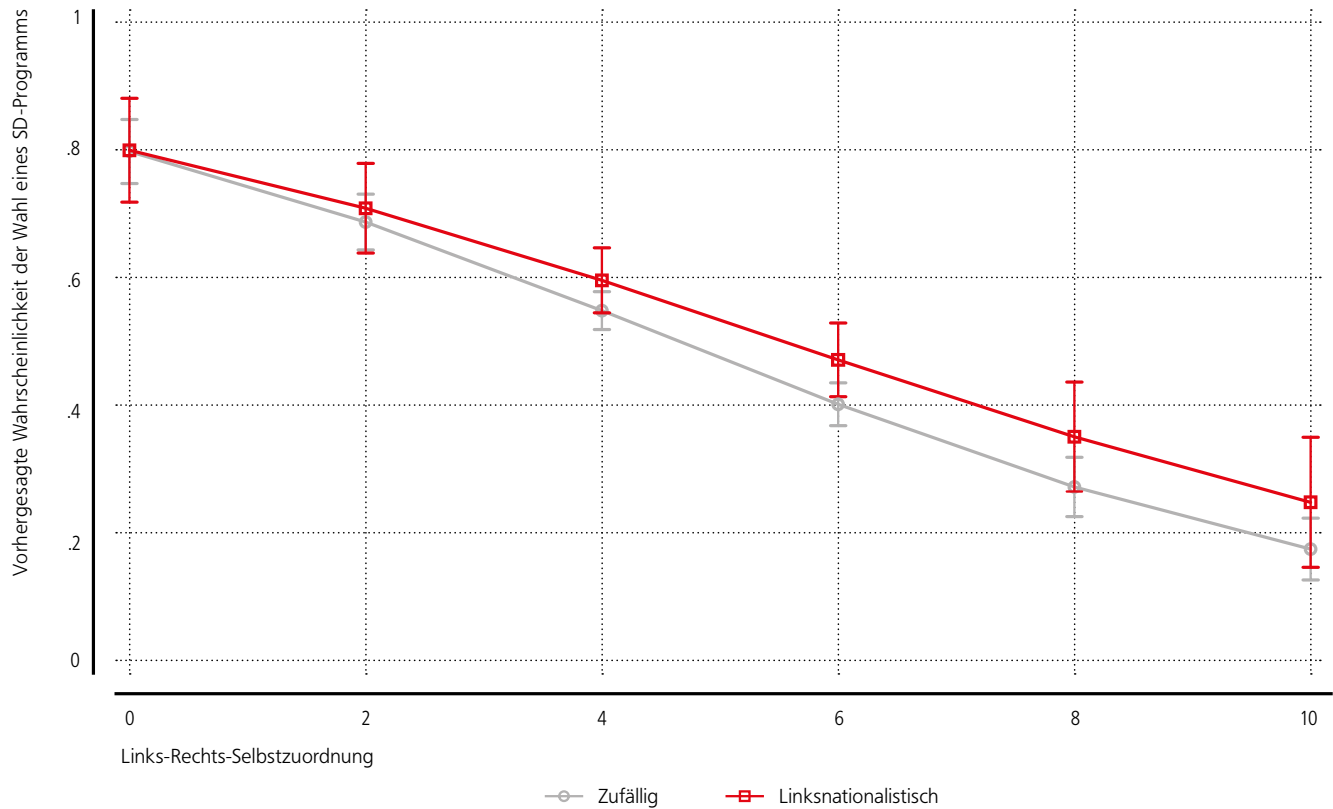
bauen, einer empirischen Überprüfung nicht standhalten, haben wir bereits in vorherigen Abschnitten aufgezeigt. Wir haben gezeigt, dass die Arbeiterklasse für die radikale Rechte zwar elektoral relevant ist, aber sozialdemokratische Parteien ihre Wähler*innen nicht in erster Linie an die radikale Rechte verloren haben. Das Gros der Wähler*innen, die sozialdemokratische Parteien in den vergangenen Jahrzehnten verloren haben, wanderte zu anderen Parteien des linken Spektrums wie den Grünen und zu Mitte-Rechts-Parteien ab. Im Vergleich dazu waren die Wählerverluste an radikale rechte Parteien eher marginal.

Das linksnationalistische Narrativ überschätzt die Wahlrelevanz der Arbeiterklasse für den Wählerschwund der Sozialdemokratie und übersieht zudem die soziostrukturelle Vielfalt der heutigen Arbeiterklasse. Wer sich allein auf die Arbeiterklasse als Stammwählerschaft fokussiert oder gar die Arbeiterklasse auf weiße Männer mit autoritär-nativistischen Positionen reduziert, läuft Gefahr, den Wahlerfolg sozialdemokratischer Parteien an eine immer kleiner werdende Minderheit der Wählerschaft zu knüpfen. Schließlich ist die Arbeiterklasse in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt signifikant kleiner geworden, und die Teilgruppe der (weißen männlichen) Arbeiter*innen mit autoritär-nativistischen Einstellungen ist innerhalb dieser schrumpfenden Minderheit ihrerseits eine ebenfalls schrumpfende Minderheit. Angesichts der fortschreitenden Automatisierung und Digitalisierung sowie der Bildungsexpansion gibt es wenig Grund zu der Annahme, dieser Abwärtstrend würde auf absehbare Zeit zum Halt kommen. Hinzu kommt, dass die linksnationalistische Strategie den Positionen der gebildeten neuen Mittelschicht – der am schnellsten wachsenden Klasse in westeuropäischen Gesellschaften – ideologisch zuwiderläuft.

Unsere Analysen zeigen, dass sozialdemokratische Parteien nicht überproportional Wähler*innen aus der Arbeiterklasse oder zuwanderungsfeindliche Wähler*innen verloren haben, wie die linksnationalistische Strategie unterstellt. Im Gegenteil: Wenn überhaupt eine Gruppe bei den sozialdemokratischen Stimmenverlusten überrepräsentiert war, so waren es die Wähler*innen mit hohem Bildungsniveau. Abgesehen davon, haben sozialdemokratische Parteien auch mit einem anhaltenden Generationswandel der Wählerschaft zu kämpfen. Auf der einen Seite werden ihre Wähler*innen älter, aber auf der anderen Seite ist es den sozialdemokratischen Parteien in den letzten Jahren nicht gelungen, konsistent neue Wählergenerationen für sich zu gewinnen. Der sozialdemokratische Wählerschwund wurde daher möglicherweise zu einem gewissen Teil auch durch eine fortschreitende Alterung der europäischen Sozialdemokratie mitverursacht und trägt möglicherweise seinerseits zu dieser Alterung ebenfalls bei.

Weniger progressive Positionen – insbesondere auf der kulturellen Dimension – sind nämlich gerade bei den jüngsten Generationen unpopulär (Abou-Chadi und Wagner 2020a), die empfänglich für politische Sozialisationsprozesse sind und ihre Ideologie erst noch herausbilden. Infolgedessen laufen sozialdemokratische Parteien Gefahr, sich neu herausbildende politisierte Generationen dauerhaft zu verlieren. Dies ist allerdings kein neues Phänomen: In den vergangenen Jahrzehnten haben sich überproportional viele potenzielle sozialdemokratische Wähler*innen der neuen Generationen entschlossen, für linke Konkurrenten (vor allem für grüne und radikal linke

Abbildung 12
Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass einem sozialdemokratischen Programm der Vorzug gegeben wird gegenüber einem radikalen rechten Programm (Deutschland)



(Lesebeispiel: Bei deutschen Wähler*innen, die sich auf der Links-Rechts-Skala bei 0 einordnen, beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass sie einem zufällig vorgegebenen oder einem linksnationalistischen sozialdemokratischen Programm den Vorzug geben gegenüber einem radikalen rechten Programm, 80 Prozent)

Quelle: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten, dass einem sozialdemokratischen Programm der Vorzug gegeben wird gegenüber einem radikalen rechten Programm, in Abhängigkeit von der Links-Rechts-Selbstzuordnung der Befragten (Eigene Erhebung, Deutschland 2020)

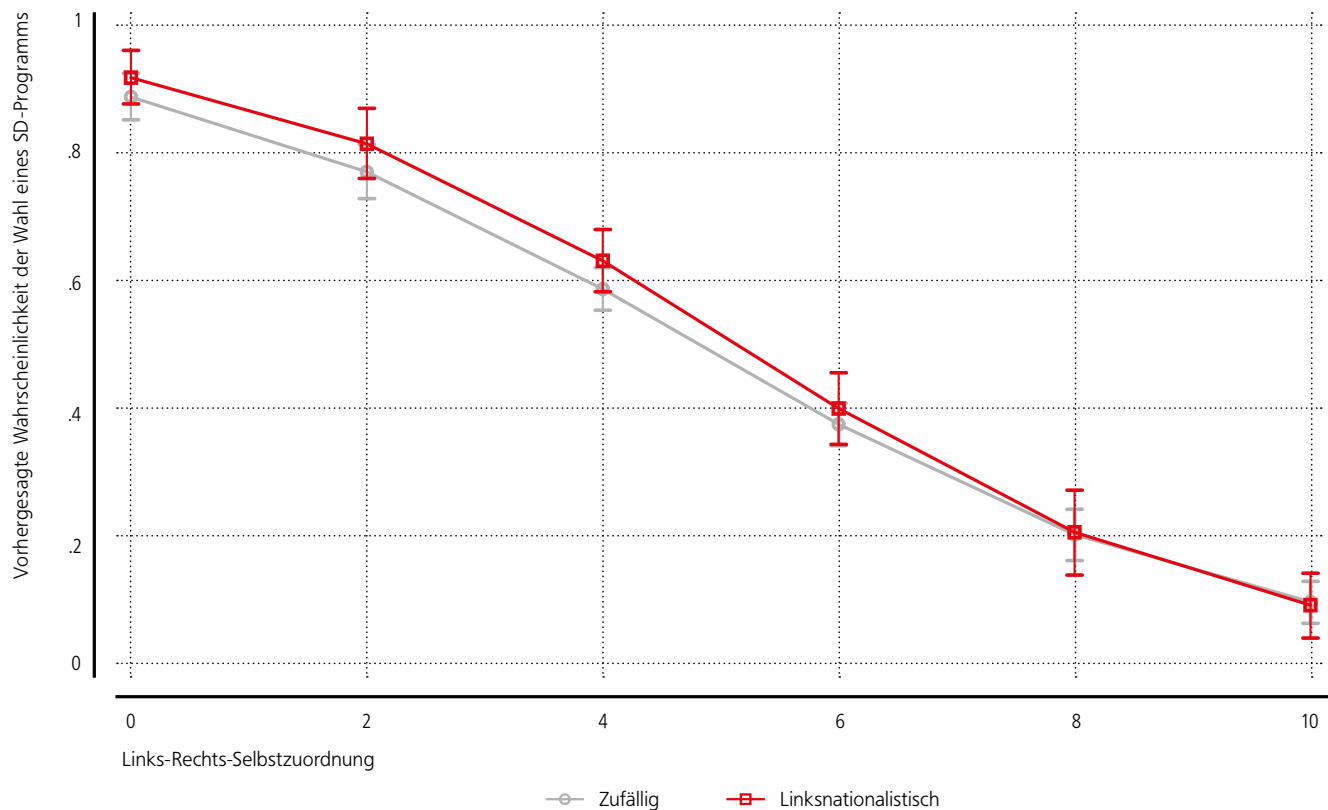
Parteien) statt für die Sozialdemokratie zu stimmen. Diese Entwicklung könnte sich noch weiter verschärfen, falls die sozialdemokratischen Parteien dazu übergehen würden, für autoritärere Einstellungen zu werben oder Themen, die auf der liberal-autoritären politischen Dimension verortet werden können, herunterzuspielen.

Man kann auch direkt und systematisch testen, wie sozialdemokratische Strategien sich auf die Konkurrenz mit der radikalen Rechten und auf die Unterstützung sozialdemokratischer Parteien selbst auswirkt. Untersuchungen haben gezeigt, dass zuwanderungskritischere Positionen von etablierten Parteien nicht dazu beitragen, dass die radikale Rechte weniger Unterstützung findet (Krause, Cohen, und Abou-Chadi 2021). Zuwanderungskritische Positionen führen – wenn überhaupt – dazu, dass mehr Wähler*innen zur radikalen Rechten abwandern. Hierbei ist festzustellen, dass der Wähler*innen-austausch zwischen etablierten Parteien und rechtsradikalen Parteien zunimmt, wenn etablierte Parteien zuwanderungsfeindliche Einstellungen vertreten. Unter dem Strich jedoch ist die radikale Rechte Profiteurin dieses verstärkten Wähler*innen-austausches.

Gestützt auf eigene Erhebungen aus Deutschland und Österreich⁶, können wir ferner zeigen, dass linksnationalistische Strategien für sozialdemokratische Parteien keine Hilfe sind, wenn es darum geht, die Unterstützung für die radikale Rechte zu reduzieren (Abou-Chadi et al. 2021). Die Schaubilder 12 und 13 zeigen, wie wahrscheinlich es ist, dass einem sozialdemokratischen Programm der Vorzug gegeben wird gegenüber einem Profil, das politische Positionen der radikalen Rechten beinhaltet – und zwar in Abhängigkeit davon,

⁶ Für den Vergleich zwischen zwei sozialdemokratischen Programmen wurden die Befragten gebeten, die beiden Programme auf einer Skala von 1 bis 7 zu bewerten. Die Programme enthielten Informationen zu den Standpunkten der Parteien in neun verschiedenen Politikbereichen. Die Befragten wurden auch direkt aufgefordert, zu entscheiden, welchem der beiden gezeigten Programme sie den Vorzug geben würden. Die Erhebungen beinhalten auch eine experimentelle Erhebung („Conjoint-Experiment“), bei dem Wähler*innen aufgefordert wurden, zufällig vorgegebene hypothetische Programmprofile sozialdemokratischer Parteien miteinander zu vergleichen und anschließend anzugeben, welchem Profil sie den Vorzug geben. Mit diesem Experiment lässt sich beurteilen, welche politischen Themen einen signifikanten negativen oder positiven Einfluss auf den Zusppruch zu den Programmen sozialdemokratischer Parteien haben.

Abbildung 13
Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass einem sozialdemokratischen Programm der Vorzug gegeben wird gegenüber einem radikalen rechten Programm (Österreich)



(Lesebeispiel: Bei österreichischen Wähler*innen, die sich auf der Links-Rechts-Skala bei 0 einordnen, beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass sie einem zufällig vorgegebenen oder einem linksnationalistischen sozialdemokratischen Programm den Vorzug geben gegenüber einem radikalen rechten Programm, 90 Prozent)

Quelle: Schaubild 13: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten, dass einem sozialdemokratischen Programm der Vorzug gegeben wird gegenüber einem radikalen rechten Programm, in Abhängigkeit von der Links-Rechts-Selbstzuordnung der Befragten (Eigene Erhebung, Österreich 2020)

wo sich die Befragten auf der Links-Rechts-Skala selbst positionieren. Wir können ablesen, wie sich diese Wahrscheinlichkeit zwischen einem dezidiert linksnationalistischen sozialdemokratischen Profil und einem Kontrollprofil, bei dem nach dem Zufallsprinzip verschiedene sozialdemokratische Positionen vorgegeben wurden, verändert. Bei den Befragten, die sich selbst als eher rechtsorientiert einstufen, nimmt die Wahrscheinlichkeit, dass sie einem sozialdemokratischen Profil gegenüber einem radikalen rechten Profil den Vorzug geben, ab. Zwischen einem linksnationalistischen und einem nach dem Zufallsprinzip vorgegebenen sozialdemokratischen Profil zeigt sich hingegen kein signifikanter Unterschied. Mit anderen Worten: Verstärkt linksnationalistische Positionen tragen nicht dazu bei, Menschen von der Abwanderung zur radikalen Rechten abzuhalten.

Zusätzlich zu der Frage, wie sozialdemokratische Partei-strategien sich auf die radikale Rechte auswirken, können wir natürlich auch untersuchen, wie sie ihrerseits die Wahlchancen der sozialdemokratischen Parteien beeinflussen. Eine zentristische Strategie zielt beispielsweise vor allem darauf ab, Wähler*innen in der Mitte zu erreichen, die (noch) keine sta-

bilen sozialdemokratischen Wähler*innen sind, bei denen aber eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht, dass sie einer sozialdemokratischen Partei ihre Stimme geben. Diese Strategie birgt allerdings die Gefahr, größere Teile der bereits mobilisierten, effektiven Stammwählerschaft an andere Parteien im linken Spektrum zu verlieren – insbesondere an grüne oder radikale linke Parteien. Untersuchungen haben gezeigt, dass eine solche Strategie sozialdemokratischen Parteien auf lange Sicht tatsächlich eher schadet (Karreth und Polk 2013). Eine zentristische Strategie mag also auf kurze Sicht hilfreich sein, um Wahlen zu gewinnen, wie dies in den 1990er Jahren geschehen ist, könnte den Parteien aber mittel- und langfristig stärker schaden als nützen. Das liegt daran, dass es mit einer solchen Strategie und den damit verbundenen eher gemäßigten Standpunkten nicht gelingt, viele Wähler*innen der politischen Mitte zu gewinnen, und ebenso wenig gelingt, neue Generationen und somit Jungwähler*innen anzusprechen. Eine solche Strategie ist vielmehr mit dem Risiko verbunden, dass linksorientierte Wähler*innen zu linken Konkurrenzpartei-abwandern, die bei diesen Themen ein eindeutigeres politisches Programm anbieten – seien es (in der kulturellen

Dimension) grüne oder auch sozialliberale Parteien oder (in der wirtschaftspolitischen Dimension) radikale Linke.

Intuitiv mögen also „linksnationalistische“ Strategien und zentristische Strategien attraktiv erscheinen, aber die potenziellen Risiken dieser Strategien wiegen sehr wahrscheinlich schwerer als die potenziellen Gewinne. Auf lange Sicht sind diese Risiken womöglich noch größer – insbesondere mit Blick auf die neuen Wählerkohorten, welche für die zukünftigen Wahlergebnisse sozialdemokratischer Parteien eine entscheidende Rolle spielen dürften.

Unsere Daten zeigen, dass linksnationalistische Programme zwar bei der gesamten Wählerschaft in westeuropäischen Ländern populär sind, diese bei potenziellen sozialdemokratischen Wähler*innen aber deutlich weniger populär sind als neu-linke oder alt-linke Programme (Abou-Chadi et al. 2021). Potenzielle sozialdemokratische Wähler*innen bevorzugen Programme, die bei den Themen Zuwanderung, Gleichstellung und Umweltschutz progressive Einstellungen anbieten. Darüber hinaus haben diese Wähler*innen eine signifikante Präferenz für Programme, die mehr Umverteilung und Sozialinvestitionen befürworten. Würden die sozialdemokratischen Parteien also weniger progressive Einstellungen zur Zuwanderung und eine weniger expansive Sozialinvestitionspolitik anbieten, würden sie bei diesen Wähler*innen damit wahrscheinlich auf Ablehnung stoßen. Untersuchungen zeigen, dass es innerhalb der linken Wählerschaft – anders als von Gegner*innen der „Identitätspolitik“ gern und oft behauptet – keinen Zielkonflikt zwischen alt-linken und neu-linken Strategien gibt und dass sozialdemokratische Parteien dann am erfolgreichsten sind, wenn sie Sozialinvestitionspolitik mit progressiveren Positionen auf der auf der zweiten, gesellschaftspolitischen Dimension verknüpfen (Abou-Chadi und Wagner 2019, 2020; Abou-Chadi et al. 2021).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass alt-linke und neu-linke Strategien bei potenziellen sozialdemokratischen Wähler*innen den größten Anklang finden. Für den oft behaupteten Zielkonflikt zwischen diesen Strategien bei der potenziellen Wählerschaft gibt es keine empirischen Belege. Im Gegensatz dazu ist es nicht wahrscheinlich, dass linksnationalistische und zentristische Strategien zu Stimmengewinnen führen, welche die potenziellen Verluste aufwiegen würden. Auch wenn diese Strategien vielleicht von manchen Wähler*innen der gesamten Bevölkerung favorisiert werden, sind sie für diejenigen, die eine Wahlentscheidung für eine sozialdemokratische Partei überhaupt in Erwägung ziehen, nicht attraktiv. Wenn sozialdemokratische Parteien eine Strategie der politischen Mitte oder gar eine linksnationalistische Strategie anbieten, gehen sie vielmehr das Risiko ein, viele potenzielle Wähler*innen abzustößeln, und würden wahrscheinlich nicht genügend Wähler*innen hinzugewinnen, um diese potenziellen Verluste zu kompensieren (Abou-Chadi et al. 2021). Auf lange Sicht erscheinen diese Strategien noch weniger vielversprechend, weil weniger progressive Positionen sozialdemokratischer Parteien mit weniger Zuspruch bei Jüngeren verbunden sind (Abou-Chadi und Wagner 2020a). Wenn man berücksichtigt, dass sozialdemokratische Parteien für die Zukunft neue Koalitionen von Wähler*innen ansprechen müssen, werden linksnationalistische und zentristische Strategien höchstwahrscheinlich zu einem weiteren Wählerschwund führen.

9

FAZIT

Die ersten beiden Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts haben in einer schwerwiegenden Krise sozialdemokratischer Parteien geendet. Was mit der Implosion der PASOK in Griechenland begann, hat sich in ganz Westeuropa zu einem Wählerschwund von historischen Ausmaßen entwickelt. Während sozialdemokratische Parteien im großen Stil an elektoralem Zuspruch verloren haben, traten rechtsradikale Parteien in eine „vierte Welle“ (Mudde 2019), in welcher sie nie zuvor dagewesene Wahlerfolge erzielten. Es ist nicht überraschend, dass diese beiden Prozesse in der politischen und öffentlichen Debatte miteinander in Zusammenhang gebracht wurden. Das inzwischen vorherrschende Narrativ lautet, dass sozialdemokratische Parteien ihre Wähler*innen aus der Arbeiterklasse an radikal rechte Parteien verloren haben – entweder weil sie wirtschaftspolitisch nach rechts gerückt sind („Dritter Weg“) oder weil sie sich auf der kulturellen Dimension nach links bewegt haben („Identitätspolitik“). Für dieses Narrativ, das sich in Medien und Politik und auch in sozialdemokratischen Kreisen fest etabliert hat, wurden bislang allerdings wenig empirische Belege geliefert.

In diesem Bericht haben wir das gängige Narrativ auf den Prüfstand gestellt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass sich weder die Annahmen noch die darauf aufbauenden Schlussfolgerungen dieses Narrativs empirisch belegen lassen. Erstens sind die Parteien der radikalen Rechten nicht – wie behauptet – die „neuen Arbeiterparteien“, denn eine (große) Mehrheit der Arbeiterklasse unterstützt nach wie vor andere Parteien. Zweitens haben sozialdemokratische Parteien nicht in erster Linie Wähler*innen aus der Arbeiterklasse verloren. Drittens haben sozialdemokratische Parteien nicht die meisten Wähler*innen an radikale rechte Parteien verloren. Vielmehr verloren sie zumeist Mittelschichtwähler*innen an Mitte-Rechts-Parteien (in den 2000er Jahren) und an grüne Parteien (in den 2010er Jahren). Dies ist im Prinzip wenig überraschend, da schon die – häufig implizite – Grundannahme des gängigen Narrativs empirisch nicht zutrifft. Die Arbeiterklasse ist kein monolithisches Gebilde, welches weiß und männlich ist und autoritär-nativistische Einstellungen vertritt. Außerdem ist die Arbeiterklasse seit Mitte des 20. Jahrhunderts zum einen kleiner und zum anderen erheblich vielfältiger geworden. Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund machen

einen immer größeren Teil der Arbeiterklasse und insbesondere der Dienstleistungsarbeiterschaft aus. Hinzu kommt, dass viele Arbeiter*innen in Gleichstellungsfragen (etwa bei LGBTQ*-Rechten) progressive Einstellungen vertreten und nur eine Minderheit zuwanderungskritisch eingestellt ist.

Diese *Fakten* haben wichtige Implikationen für die verschiedenen Strategien, die für sozialdemokratische Parteien vorgeschlagen werden, um einen weiteren elektoralen Niedergang abzuwenden und wieder genug an Boden zu gewinnen, um Regierungskoalitionen anführen zu können. Die *linksnationalistische* Strategie, bei der sozialdemokratische Parteien in der kulturellen Dimension (hauptsächlich beim Thema Zuwanderung) nach rechts schwenken, um den Parteien der radikalen Rechten Konkurrenz zu machen, wird nur eine kleine Gruppe der (verlorengegangenen) potenziellen Wählerschaft ansprechen. Andererseits wird sie viel mehr Wähler*innen abstoßen – unter anderem die jüngsten Wähler*innen und die rapide wachsende Gruppe der höher gebildeten Fachkräfte. Ähnliches gilt für eine *zentristische Strategie*, bei der sozialdemokratische Parteien wirtschaftspolitisch und in der kulturellen Dimension zentristischere Positionen einnehmen: Auch sie dürfte wenige Menschen ansprechen und dieselben Gruppen fernhalten wie die linksnationalistische Strategie. Am vielversprechendsten sind die *alt-linke* Strategie, bei der sozialdemokratische Parteien wirtschaftspolitisch nach links rücken, und die *neu-linke* Strategie, bei der sie in der kulturellen Dimension nach links rücken. In beiden Fällen vermögen die Zugewinne die Verluste deutlich zu überwiegen. Die beiden Strategien schließen sich – anders als häufig angenommen und behauptet – nicht gegenseitig aus. Wirtschaftspolitisch links eingestellte Wähler*innen haben eine Präferenz für kulturell progressive Positionen, und die kulturell Progressiven befürworten ihrerseits auch eine Politik der Umverteilung.

10

AUF DEM WEG ZU EINER SOZIALDEMOKRATIE FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT

Angesichts einer anhaltend schrumpfenden und alternden Wählerschaft ist klar, dass sozialdemokratische Parteien fundamentale Veränderungen vornehmen müssen, damit sie im 21. Jahrhundert ihre Relevanz behalten. Diese Veränderungen sollten sich an soliden empirischen Erkenntnissen orientieren und auf einer genuin sozialdemokratischen Weltanschauung gründen. Viele Sozialdemokrat*innen glauben jedoch an das gängige Narrativ und fordern, die „Identitätspolitik“ herunterzuspielen oder sich in kulturellen Fragen wie Zuwanderung und Integration gar nach rechts bewegen zu müssen. Abgesehen davon, dass genau dies dazu beigetragen hat, die radikale Rechte salonfähig zu machen (Mudde 2019), hat es weder den Wählerschwund der sozialdemokratischen Parteien noch die zunehmenden Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien gestoppt.

Zum Abschluss dieser Analyse gehen wir auf vier Aspekte ein, an denen sich unseres Erachtens die Diskussion über die Frage, welche Faktoren dazu beitragen, dass sozialdemokratische Parteien im 21. Jahrhundert wichtige politische Akteure sind, orientieren sollte. Diese vier Aspekte betreffen die Rolle der sozialdemokratischen Partei, die Verjüngung ihrer Wählerschaft, den anhaltenden Bedarf an „Identitätspolitik“, sowie den Aufbau einer neuen Koalition von Wähler*innen.

1. DIE SOZIALDEMOKRATIE IST NICHT DIE PARTEI DER WEISSEN ARBEITERKLASSE

Die Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert darf sich nicht allein als die Partei der weißen Arbeiterklasse betrachten. Mit Blick auf potenzielle Wahlerfolge bedeutet eine Strategie, die ausschließlich auf weiße Wähler*innen aus der Arbeiterklasse und der unteren Mittelschicht baut, dass die Sozialdemokratie früher oder später zu einer Partei mit Nischenattraktivität und einer immer älteren (und „aussterbenden“) Wählerschaft zusammenschrumpfen wird. Wir können nicht genug betonen, wie stark die gesellschaftlichen Strukturen sich in der Wissensökonomie des 20. und 21. Jahrhunderts gewandelt haben. Der Anteil der Menschen in Routineberufen ist in den vergangenen 30 Jahre drastisch zurückgegangen, während der Anteil der Menschen, die in ihrem Beruf nicht-routinemäßige

und kognitive Aufgaben ausführen, in den meisten westeuropäischen Ländern heute bei rund 50 Prozent liegt (Häusermann et al. 2021). In Deutschland zum Beispiel beträgt der Studierendenanteil eines Jahrgangs heute 55 Prozent und ist in den vergangenen zwanzig Jahren drastisch gestiegen.⁷ Wenn sozialdemokratische Parteien bei Wahlen eine relevante Größe bleiben wollen, müssen sie auch für junge, gebildete, weibliche und nicht-weiße Wähler*innen attraktiv werden. Diese Wähler*innen entsprechen jedoch nicht der oft zitierten „urbanen Elite“. Die heutigen „Durchschnittswähler*innen“ sind nicht Bergleute oder Fabrikarbeiter*innen, sondern eher Kundenbetreuer*innen, Grafikdesigner*innen oder Projektmanager*innen.

Auch unter normativen Gesichtspunkten muss die Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert mehr werden als nur die Vertretung der weißen Arbeiterklasse. Nach heutigen Maßstäben waren die Fabrikarbeiter*innen zumindest um die Mitte des 20. Jahrhunderts in einer privilegierten Position, waren gut abgesichert und hatten eine gut bezahlte Festanstellung. In einer von Globalisierung geprägten Welt und in der Wissensökonomie sind viele dieser klassischen Berufe der Arbeiterklasse verschwunden oder wurden durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse ersetzt, die geringer entlohnt werden und/oder wenig Schutz und Absicherung bieten. Eine der großen Herausforderungen der heutigen Sozialdemokratie besteht darin, Mittel und Wege zu finden, wie sie dieses soziodemografisch vielfältige „Prekariat“ und die neue Arbeiterklasse in eine breitere Bewegung für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert einbinden kann.

2. VERJÜNGUNG DER WÄHLERSCHAFT

Die hier analysierten Wahldynamiken sind nicht nur in Bezug auf das Wahlverhalten der Vergangenheit, sondern auch mit Blick auf das künftige Wahlverhalten von Bedeutung. Neue Generationen von Wähler*innen befürworten in stärkerem

⁷ https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/*publikationen-innen-hochschulen-kennzahlen.html

Maße progressive Positionen und werden *anhaltende* Parteibindungen wahrscheinlich nur für diejenigen Parteien entwickeln, die in Bezug auf diese Dimension ein distinktives und vor allem progressives Profil bieten. Wenn sozialdemokratische Parteien linksnationalistische Strategien oder Strategien der politischen Mitte verfolgen, könnte ihnen dies nicht nur auf kurze, sondern vor allem auch auf lange Sicht schaden. Angesichts ihrer ohnehin alternden Wählerschaft sind sozialdemokratische Parteien bei Wahlen längerfristig zur Bedeutungslosigkeit verdammt, wenn sie keine Möglichkeiten finden, ihre Wählerschaft zu verjüngen.

Dieser generationenbedingte Rückgang muss ein Warnsignal für sozialdemokratische Parteien sein. In vielen europäischen Ländern zeigt sich, dass sozialdemokratische Parteien wenig attraktiv sind für jüngere Generationen, welche ihrerseits eher für sozialliberale oder grüne Parteien stimmen. Wenn sozialdemokratische Parteien keine neuen Wähler*innen ansprechen und für jüngere Generationen nicht attraktiv(er) werden, werden schon bald andere Parteien die führende Kraft im linken oder progressiven Spektrum sein. Solche Entwicklungen sind beispielsweise in Frankreich, Deutschland und den Niederlanden schon jetzt zu beobachten. Die Parteistrategie muss daher über den nächsten Wahltermin hinaus blicken und sich mit der Frage auseinandersetzen, wie eine langfristige und dauerhafte progressive Koalition (wieder) an sozialdemokratische Parteien angebunden werden kann. Diese Strategie bringt die sozialdemokratischen Parteien vor allem in Konkurrenz zu grünen und sozialliberalen Parteien, die zugleich deren wahrscheinlichste Koalitionspartner sein dürften. Die beste Möglichkeit, sich von diesen beiden Konkurrenten abzuheben, besteht darin, die gemeinsame progressive Politik in der kulturellen Dimension mit einer eigenen mutigen und innovativen linken Wirtschaftspolitik zu verbinden.

3. DER ANHALTENDE BEDARF NACH „IDENTITÄTSPOLITIK“

Die Diskussion über die Zukunft sozialdemokratischer Parteien in Westeuropa und Nordamerika wird zunehmend unter dem Stichwort „Identitätspolitik“ geführt. In ihrer ursprünglichen Bedeutung ist Identitätspolitik natürlich ein Kernstück der Geschichte der Sozialdemokratie, der Arbeiterbewegung und des Kampfes für demokratische Vertretung. Die ursprünglich vom Combahee River Collective (1977) entwickelte Idee der Identitätspolitik bedeutet, dass unterdrückte Gruppen ihre eigenen Präferenzen selbst am besten benennen und vertreten können und sollen. Schon ein flüchtiger Blick auf die Entstehungsgeschichte der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien dürfte deutlich machen, dass dieser Gedanke zum ureigensten Kern des demokratischen Klassenkampfes und der Sozialdemokratie gehört.

In der aktuellen Diskussion ist die Bedeutung des Begriffs „Identitätspolitik“ allerdings unschärfer geworden. Identitätspolitik wurde zum Oberbegriff für politische und gesellschaftliche Forderungen, gegen strukturelle Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Identität vorzugehen. Einer der Grundgedanken hierbei ist, dass diskriminierende Strukturen durch performa-

tives Handeln (wie der Sprache) am Leben erhalten und reproduziert werden. Die Art und Weise, wie wir sprechen und handeln, hat Einfluss darauf, wie soziale Kategorien wahrgenommen werden, und zieht gleichzeitig Inklusions- und Exklusionsgrenzen. Politische Forderungen, die häufig mit dem Etikett „Identitätspolitik“ versehen werden, zielen vor allem darauf ab, diese strukturellen Diskriminierungsmechanismen sichtbar zu machen und ihnen entgegenzuwirken, indem wir anders reden und handeln, aber auch manche gesellschaftlichen und politischen Institutionen grundsätzlich auf den Prüfstand stellen.

In den für die Sozialdemokratie relevantesten Debatten ist von Gegner*innen die Behauptung zu hören, Identitätspolitik sei erstens die Agenda einer gebildeten urbanen Elite und treibe zweitens einen Keil in die „Umverteilungskoalition“ des potenziellen sozialdemokratischen Elektors. Wie der vorliegende Bericht zeigt, beruhen diese Behauptungen weitgehend auf einer Fehlwahrnehmung in der Frage, wer die Arbeiterklasse ist und was sie will, sowie zudem auf einer falschen Vorstellung davon, wer die Umverteilungskoalition und die Unterstützergruppen der Sozialdemokratie sind. Weite Teile der neuen Mittelschichtgruppen, die linke Parteien unterstützen, sind entschiedene Befürworter*innen von Umverteilung (mitunter sogar in stärkerem Maße als die Arbeiterklasse) (Abou-Chadi und Hix 2021). Ferner haben wir gezeigt, dass – anders als von gegnerischer Seite behauptet – viele politische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Identitätspolitik von der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse und der Wähler*innen mit niedrigem Bildungsniveau unterstützt werden und nur eine Minderheit dieser Gruppen wirklich dagegen opponiert (dies gilt sogar teilweise beim Thema Zuwanderung).

Statt die „Identitätspolitik“ in Konkurrenz zur „Klassenpolitik“ zu sehen, sollten beide als etwas eng miteinander Verflochtenes betrachtet werden. Solange die institutionellen Strukturen der Heteronormativität, des Patriarchats und der weißen Vormachtstellung unangetastet bleiben, wird die materielle Besserstellung marginalisierter Gruppen diese nicht zu gleichberechtigten Bürgern machen. Andererseits wird die Zerstörung dieser institutionellen Strukturen allein an der wirtschaftlichen und somit politischen Marginalisierung dieser Gruppen nichts ändern. Die materielle Besserstellung marginalisierter Gruppen wird sie darüber hinaus zu einer mächtigeren (oder „weniger machtlosen“) politischen Kraft im Kampf gegen diese institutionellen Strukturen machen.

Für den Großteil der potenziellen Wähler*innen sozialdemokratischer Parteien gibt es keinen Zielkonflikt zwischen progressiveren Positionen in der kulturellen und der wirtschaftspolitischen Dimension. Vielmehr beobachten wir bei *beiden* Dimensionen Unterstützung für noch entschiedenere progressive Positionen. Mit anderen Worten: Eine Strategie, die eine umverteilungsorientierte Wirtschaftspolitik mit einer neuen „Identitätspolitik“ verbindet, bietet die größte Wahrscheinlichkeit, die meisten potenziellen sozialdemokratischen Wähler*innen – auch aus der Arbeiterklasse – anzusprechen. Wenn sozialdemokratische Parteien das Ziel, für breite Schichten attraktiv zu sein, nicht aufgeben wollen, erscheint diese Kombination von Positionen auf lange Sicht die einzige tragfähige Strategie.

4. EINE NEUE PROGRESSIVE KOALITION SCHMIEDEN

Sozialdemokratische Parteien sollten nicht nur eine neue Wahlkoalition, sondern auch ein neues progressives Politikbündnis schmieden. Dazu gehört die Suche nach neuen Möglichkeiten, Mitglieder einzubinden und Verbindungen zu zivilgesellschaftlichen Akteuren zu stärken. Wie haben bereits dargelegt, dass die Wählerschaft sozialdemokratischer Parteien deutlich altert. Dies trifft erst recht auf ihre Mitglieder zu. Parteimitglieder spielen jedoch nicht nur für die Mobilisierung in Wahlkämpfen eine Schlüsselrolle, sondern auch als Brückenbauer zwischen politischen Parteien und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Wenn die sozialdemokratischen Parteien mehr sein wollen als technokratische Politikanbieter, kommt es entscheidend darauf an, junge und verschiedenartige Mitglieder auszubilden und anzuwerben.

In vielen Ländern müssen sozialdemokratische Parteien auch ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften neu kultivieren. Gewerkschaften haben ihrerseits unter vielen Entwicklungen, die in diesem Bericht aufgezeigt werden, ebenso zu leiden und haben ihre Mühe, das wachsende Prekariat zu vertreten. Die Wiederbelebung dieses Verhältnisses dürfte jedoch im Interesse sowohl der sozialdemokratischen Parteien als auch der Gewerkschaften sein. „Beschäftigung“ und „Arbeit“ werden ein Kernstück des Denkens und der politischen Positionen der Sozialdemokratie bleiben. Was der Arbeitsbegriff bedeutet, wie Lohnarbeit strukturiert wird und welche Tätigkeiten noch von Menschen und nicht von Maschinen erledigt werden, wird sich in den nächsten Jahrzehnten wandeln. Sozialdemokratische Parteien haben die besten Voraussetzungen, um diese Veränderungsprozesse zu gestalten und zu verhindern, dass sie soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten verschärfen. Die Zukunft der Arbeit in den Fokus zu rücken, ist für sozialdemokratische Parteien auch eine Möglichkeit, sich von grünen und sozialliberalen Konkurrenten abzuheben. Die Umsetzung dieses Projekts kann nur im Verbund mit den Gewerkschaften gelingen.

Zugleich müssen sozialdemokratische Parteien auch ihr Verhältnis zu gesellschaftlichen Bewegungen überdenken und neu entwickeln. Dass sie die neuen gesellschaftlichen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre nicht integriert haben, ist eine der Hauptursachen für das strategische Dilemma, mit dem sozialdemokratische Parteien heute konfrontiert sind. Wenn sozialdemokratische Parteien diese Fehler bei progressiven Bewegungen wie *Fridays For Future* oder *Black Lives Matter* wiederholen, laufen sie Gefahr, weitere Generationen potenzieller Unterstützer*innen zu verlieren.

Grundsätzlich müssen auch linke Parteien ein neues Verhältnis zueinander entwickeln. Deutschland liefert ein Paradebeispiel dafür, wie die gegenseitige Verweigerungshaltung von SPD und der Linken schließlich zu Koalitionen führte, in denen die SPD die Rolle des Juniorpartners der rechten Unionsparteien übernahm. Koalitionen dieser Art machen es sozialdemokratischen Parteien unmöglich, die Veränderungen vorzunehmen, die für eine Strategie für die kommenden Jahrzehnte erforderlich sind. Die oftmals affektgesteuerten Animositäten zwischen verschiedenen Gruppen des linken Spektrums werden auch zukünftig Koalitionen verhindern, die

tiefgreifende und nachhaltige progressive Veränderungen umsetzen können. Andere Länder wie Portugal machen hier eigentlich vor, welches Kooperationspotenzial zwischen verschiedenen linken Parteien vorhanden ist.

Mit einigen Ausnahmen ist in fortgeschrittenen kapitalistischen Demokratien die Zeit der großen „Volksparteien“ vorbei und die Parteienlandschaft so stark fragmentiert wie nie zuvor. Dadurch, dass die Gesellschaft vielfältiger geworden und heute weniger entlang nur einer Dimensionen strukturiert ist, haben sich politische Angebote auf zwei oder sogar drei Dimensionen verlagert. Dies führt zu einer stärkeren Wählerstreuung und Wählervolatilität, und in den meisten Parteiensystemen dieser Staaten gibt es inzwischen bestenfalls noch eine Partei, die mehr als ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigt. Selbst wenn sozialdemokratische Parteien ihre Stellung als eine der größten Parteien zurückerobern, werden sie dennoch auf die Unterstützung einer oder mehrerer Parteien angewiesen sein, um Koalitionen zustande zu bringen, in denen sie ihre zentralen politischen Anliegen umsetzen können. Sie brauchen daher die Zusammenarbeit mit anderen progressiven Parteien von der radikalen Linken bis zum sozialliberalen Lager und die Unterstützung durch progressive Organisationen der Zivilgesellschaft wie die Gewerkschaften. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, dass diese Parteien und progressiven Organisationen sich gegenseitig nicht mehr als Gefährdung ihrer jeweiligen Machtposition betrachten, sondern als potenzielle Verbündete in ihrem politischen Kampf.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

- 5 Abbildung 1
Durchschnittliche Stimmenanteile für sozialdemokratische Parteien vs. radikal rechte Parteien in Europa, 1990–2020
- 12 Abbildung 2
Migrationshintergrund und Geschlecht nach Erwerbsklassen
- 13 Abbildung 3
„Schwule und Lesben sollten so leben dürfen, wie sie es sich wünschen“
- 14 Abbildung 4
„Die Kultur des Landes wird durch Zuwanderung zersetzt oder bereichert“
- 14 Abbildung 5
„Zuwanderung macht das Land zu einem schlechteren oder besseren Ort“
- 17 Abbildung 6
Parteiwahl nach Klassenzugehörigkeit
- 17 Abbildung 7
Wählerwanderung zu radikalen rechten Parteien seit 2000
- 18 Abbildung 8
Wählerwanderung zu radikalen rechten Parteien seit 2000
- 19 Abbildung 9
Veränderungen des Wählerzuspruchs für sozialdemokratische Parteien seit 2000
- 20 Abbildung 10
Wählerabwanderung von sozialdemokratischen Parteien seit 2000
- 21 Abbildung 11
Wählerabwanderung von sozialdemokratischen Parteien
- 24 Abbildung 12
Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass einem sozialdemokratischen Programm der Vorzug gegeben wird gegenüber einem radikalen rechten Programm (Deutschland).
- 25 Abbildung 13
Vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, dass einem sozialdemokratischen Programm der Vorzug gegeben wird gegenüber einem radikalen rechten Programm (Österreich).
- 22 Tabelle 1
Idealtypische Themenprofile für sozialdemokratische Parteien

Literaturverzeichnis

- Abou-Chadi, Tarik; Finnigan, Ryan 2019: Rights For Same-Sex Couples And Public Attitudes Toward Gays And Lesbians In Europe, in: *Comparative Political Studies* 52 (6), S. 868–895.
- Abou-Chadi, Tarik; Häusermann, Silja; Mitteregger, Reto; Mosimann, Nadja Mosimann: Wagner, Markus 2021: Old Left, New Left, Centrist Or Left Nationalist? Determinants Of Support For Different Social Democratic Programmatic Strategies. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Abou-Chadi, Tarik; Hix, Simon 2021: Brahmin Left Versus Merchant Right? Education, Class, Multiparty Competition, And Redistribution In Western Europe, in: *The British journal of sociology* 72 (1), S. 79–92.
- Abou-Chadi, Tarik; Wagner, Markus 2019: The Electoral Appeal Of Party Strategies In Post-Industrial Societies: When Can The Mainstream Left Succeed?, in *Journal of Politics* 81 (4), S. 1405–1419.
- Abou-Chadi, Tarik; Wagner, Markus 2020a: Electoral Fortunes Of Social Democratic Parties: Do Second Dimension Positions Matter? *Journal of European Public Policy* 27 (2), S. 246–272.
- Abou-Chadi, Tarik; Wagner, Markus 2020b: Losing The Middle Ground: The Electoral Decline Of Social Democratic Parties Since 2000. Paper bei der Jahrestagung der American Political Science Association.
- Agustín, Óscar García, and Martin Bak Jørgenson. 2019. "Danes First, Welfare Last". *Jacobin*, 31 January. <https://www.jacobinmag.com/2019/01/denmark-social-democrats-immigration-welfare>.
- Arzheimer, Kai. 2018. "Explaining Electoral Support For The Radical Right". In *The Oxford Handbook of the Radical Right*, eds. Jens Rydgren. Oxford: Oxford University Press, 143–165.
- Benedetto, Giacomo; Hix, Simon; Mastrococco, Nicola 2020: The Rise And Fall Of Social Democracy, 1918–2017, in: *American Political Science Review* 114 (3), S. 928–939.
- Beramendi, Pablo; Häusermann, Silja; Kitschelt, Herbert; Kriesi, Hans-Peter 2015a: Introduction: The Politics Of Advanced Capitalism, in: Beramendi, Pablo; Häusermann, Silja; Kitschelt, Herbert; Kriesi, Hans-Peter (Hrsg.): *The politics of advanced capitalism*. New York: Cambridge University Press, S. 1–64.
- Beramendi, Pablo; Häusermann, Silja; Kitschelt, Herbert; Kriesi, Hans-Peter (Hrsg.) 2015b: *The Politics Of Advanced Capitalism*. New York: Cambridge University Press.
- Berman, Sheri 2016: The Lost Left, in: *Journal of Democracy* 27 (4), S. 69–76.
- Berman, Sheri; Snegovaya, Maria 2019: Populism And The Decline Of Social Democracy, in: *Journal of Democracy* 30 (3), S. 5–19.
- Betz, Hans-Georg 1994: *Radical Right-Wing Populism In Western Europe*. Houndmills, Basingstoke: MacMillan.
- Bischof, Daniel; Kurer, Thomas 2021: Where Do Radikale Rechte Voters Come From? Unveröffentlichtes Manuskript.
- Bornschieer, Simon 2010: The New Cultural Divide And The Two-Dimensional Political Space In Westeuropa, in: *West European Politics* 33 (3), S. 419–444.
- Combahee River Collective 1977: *A Black Feminist Statement*.
- De Lange, Sarah L. de 2007: A New Winning Formula? The Programmatic Appeal Of The Radical Right, in: *Party Politics* 13 (4), S. 411–435.
- Eatwell, Roger; Goodwin, Matthew J. 2018: *National Populism: The Revolt Against Liberal Democracy*. London: Pelican.
- Evans, Geoffrey; Tilley, James 2017: *The New Politics Of Class: The Political Exclusion Of The British Working Class*. Oxford: Oxford University Press.
- Gingrich, Jane; Häusermann, Silja 2015: The Decline Of The Working-Class Vote, The Reconfiguration Of The Welfare Support Coalition Und Consequences For The Welfare State, in: *Journal of European Social Policy* 25 (1), S. 50–75.
- Goodhart, David. 2017. *The Road to Somewhere: The Populist Response And The Future Of Politics*. London: Hurst
- Harteveld, Eelco 2016: Winning The "Losers" But Losing The "Winners"? The Electoral Consequences Of The Radical Right Moving To The Economic Left, in: *Electoral Studies* 44, S. 225–234.
- Häusermann, Silja; Abou-Chadi, Tarik; Bürgisser, Reto; Enggist, Matthias; Mitteregger, Reto; Zollinger, Delia 2021: Wählerschaft, Wahlmotive und strategische Potenziale der Sozialdemokratie in Europa und der Schweiz. Bericht zuhanden der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.
- Häusermann, Silja; Kriesi, Hans-Peter 2015: What Do Voters Want? Dimensions And Configurations In Individual-Level Preferences Und Party Choice, in: Beramendi, Pablo; Häusermann, Silja; Kitschelt, Herbert; Kriesi, Hans-Peter (Hrsg.): *The politics of advanced capitalism*, New York: Cambridge University Press, S. 202–230.
- Hooghe, Liesbet; Marks, Gary; Wilson, Carole J. 2002: Does Left/Right Structure Party Positions On European Integration?, in: *Comparative Political Studies* 35 (8). S. 965–989.
- Ignazi, Piero 1992: The Silent Counter-Revolution: Hypotheses On The Emergence Of Extreme Right-Wing Parties In Europe, in: *European Journal of Political Research* 22, S. 3–34.
- Inglehart, Ronald 1977: *Silent Revolution: Changing Values And Political Styles Among Western Publics*, Princeton: Princeton University Press.
- Ivarsflaten, Elisabeth 2007: What Unites Right-Wing Populists In Western Europe?: Re-Examining Grievance Mobilization Models In Seven Successful Cases, in: *Comparative Political Studies* 41 (1), S. 3–23.
- Karreth, Johannes; Polk, Jonathan T.; Allen, Christopher S. 2013: Catchall Or Catch And Release? The Electoral Consequences Of Social Democratic Parties' March To The Middle In Westeuropa, in: *Comparative Political Studies* 46 (7), S. 791–822.
- Kaufmann, Eric. 2018. *Whiteshift: Populism, Immigration, And The Future Of White Majorities*. London: Penguin.
- Kitschelt, Herbert 1994: *The Transformation Of European Social Democracy*. Cambridge Studies In Comparative Politics. Cambridge und New York: Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert; Rehm, Philipp 2014: Occupations As A Site Of Political Preference Formation, in: *Comparative Political Studies* 47 (12), S. 1670–1706.
- Krause, Werner; Cohen, Denis; Abou-Chadi, Tarik 2021: Does Accommodation Work? Mainstream Party Strategies And The Success Of Radical Right Parties, Unveröffentlichtes Manuskript.
- Kruzal, John. 2018. "Did Hillary Clinton Once Support A Border Wall With Mexico?". *Politifact*, 27 June. <https://www.politifact.com/factchecks/2018/jun/27/cal-thomas/did-hillary-clinton-support-border-wall-mexico>.
- Lilla, Mark 16. August 2017: Die Linke hat sich selbst zerstört, in: *Neue Zürcher Zeitung* 2017. <https://www.nzz.ch/feuilleton/identitaetspolitik-die-linke-hat-sich-selbst-zerstoert-ld.1311079?reduced=true>.
- Lilla, Mark 2018: *The Once And Future Liberal: After Identity Politics*, Oxford University Press.

Lipset, Seymour M. 1959: Democracy And Working-Class Authoritarianism, in: American Sociological Review 24 (4), S. 482–501.

Lipset, Seymour M. 1960: Political Man: The Social Bases Of Politics. Garden City, NY: Doubleday.

Mudde, Cas 2007: Populist Radical Rights Parties In Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Mudde, Cas. 2010. "The Populist Radical Right: A Pathological Normalcy". West European Politics 33(6): 1167–1186.

Mudde, Cas. 2019. The Far Right Today. Cambridge: Polity.

Oesch, Daniel. 2006. "Coming To Grips With A Changing Class Structure: An Analysis Of Employment Stratification In Britain, Germany, Sweden and Switzerland." International Sociology 21 (2): 263–288.

Oesch, Daniel. 2008. "Explaining Workers' Support For Right-Wing Populist Parties In Western Europe: Evidence From Austria, Belgium, France, Norway, And Switzerland." International Political Science Review 29 (3): 349–373.

Oesch, Daniel. 2012. The Class Basis Of The Cleavage Between The New Left And The Radical Right: An Analysis For Austria, Denmark, Norway And Switzerland. London: Routledge.

Oesch, Daniel; Rennwald, Line 2018: Electoral Competition In Europe's New Tripolar Political Space: Class Voting For The Left, Centre-Right Und Radical Right, in: European Journal of Political Research 57 (4), S. 783–807.

O'Grady, Tom 2020: Age Cleavages Across European Countries And Issue Dimensions Since The 1980s, in: SocArXiv.10.31235/osf.io/r8xbg.

Rooduijn, Matthijs 2018: What Unites The Voter Bases Of Populist Parties? Comparing The Electorates Of 15 Populist Parties, in: European Political Science Review 10 (3), S. 351–368.

Watt, Nicholas; Wintour, Patrick 2015: How Immigration Came To Haunt Labour, in: The Guardian, 24. März. <https://www.theguardian.com/news/2015/mar/24/how-Zuwanderung-came-to-haunt-labour-inside-story>.

Impressum:

© 2021

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung für Analyse, Planung und Beratung
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin, Germany
www.fes.de

Bestellungen/Kontakt: analyse-planung@fes.de

Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autoren in eigener Verantwortung vorgenommen worden und geben ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN: 978-3-96250-939-2

Übersetzung: Andreas Bredenfeld
Titelmotiv: © picture alliance/blickwinkel/K. Thomas
Gestaltung: www.stetzer.net
Druck: www.bub-bonn.de

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN ZUM THEMA

Der Weg zu einer Transformation der Linken: Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch progressive Parteiprogramme / Silja Häusermann, Herbert Kitschelt, Tarik Abou-Chadi, Reto Mitteregger, Nadja Mosimann, Philipp Rehm und Markus Wagner; Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Mai 2021. ISBN 978-3-96250-908-8
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/17948.pdf>

Der Weg zu einer Transformation der Linken: Eine mögliche sozialdemokratische Parteistrategie / Herbert Kitschelt and Silja Häusermann; Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Mai 2021. ISBN 978-3-96250-907-1
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/17949.pdf>

Der Weg zu einer Transformation der Linken: Der Mythos vom Stimmenverlust an die radikale Rechte / Silja Häusermann, Herbert Kitschelt, Tarik Abou-Chadi, Macarena Ares, Daniel Bischof, Thomas Kurer, Mathilde van Ditmars und Markus Wagner; Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Mai 2021. ISBN 978-3-96250-906-4
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/17947.pdf>